1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 23 vom 8. Juni 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

FDP will Gewerkschaft fesseln

Auf ihrer verzweifelten Suche nach politischem Profil ist die FDP wieder einmal auf die Gegnerschaft zu den Gewerkschaften gestoßen. Eine Arbeitsgruppe mit Bangemann an der Spitze wurde eingerichtet, um zu prüfen, wie es denn zu machen sei, daß bei Urabstimmungen über Streik auch die Unorganisierten „mitbestimmen“ könnten.

Der Gedanke ist klar: Es soll möglichst keine Mehrheiten für Streiks mehr geben.

Dieser Beschluß zeigt nochmals sehr deutlich, daß die FDP ihre alten Pläne zu einer „formierten Gesellschaft“ über ein Verbändegesetz keineswegs aufgegeben hat.

Der FDP-Beschluß ist ohne Zweifel in doppeltem Zusammenhang zu sehen: Einmal im Rahmen der Forderungen der Reaktion nach einem neuen „Arbeitskampfrecht“ (gegen Warn- und Schwerpunktstreiks z. B.), zum anderen als Hinweis darauf, was der Gewerkschaftsbewegung im Falle einer Kapitulation jetzt künftig droht.

Kalter Krieger

Als kalter Krieger betätigt F. J. Strauß sich nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch. Um gegen den gewerkschaftlichen Kampf für die 35 Stunden bei vollem Lohn zu hetzen, schrieb er jetzt eigenhändig einen Leitartikel für den „Bayernkurier“. Titel: „Werk der Zerstörung“. Nicht nur von den „reaktionären und verstaubten Rezepten des Klassenkampfes“ ist dort die Rede, sondern auch von einem Streik, der für „unsere“ Zukunft „lebensgefährlich“ werden könne.

Mündlich ging Strauß sogar noch weiter und diffamierte die Streiktaktik der Gewerkschaften als „Taktik der verbrannten Erde“. Strauß mahnt die Gewerkschaften, zu „normalen Tarifauseinandersetzungsformen“ zurückzukehren. Und wenn sie ihm diesen Wunsch nicht erfüllen? Will er dann anfangen, so „aufzuräumen“, wie er es schon 1980 angedroht hat?

Angriffsaussperrungen in NRW und Bayern?

Die Metallkapitalisten wollen offenkundig in der nächsten Woche die Aussperrungen auf die Tarifbezirke Bayern und Nordrhein-Westfalen, die von der IG Metall nicht bestreikt werden, ausweiten. Der baden-württembergische Verband der Metallunternehmer hat den Dachverband Gesamtmetall um „solidarische Hilfestellung“ durch die „Schwesterverbände“ gebeten.

Die bayrischen Metallindustriellen haben bereits beschlossen, daß sie zu Aussperrungsmaßnahmen bereit sind. Die nordrhein-westfälischen Metallkapitalisten wollen darüber noch entscheiden.

Dieser bevorstehende Schritt der Metallkapitalisten beseitigt auch den letzten Zweifel daran, daß es dem Kapital, unterstützt von der politischen Reaktion, in dieser Auseinandersetzung nicht nur um die Abwehr der 35-Stunden-Woche geht, sondern auch darum, die Gewerkschaften zur Kapitulation zu zwingen. Ihre Kampffähigkeit zu zerstören, damit alle weiteren Angriffe des Kapitals auf die Lage der Arbeiterklasse in den kommenden Jahren widerstandslos durchgesetzt werden können.

Der IGM-Vorsitzende Hans Mayr sprach von einem „Angriff auf die materielle Existenz der IG Metall“ und erinnerte an die große Angriffsaussperrung von 1928, mit der die Kapitalisten eine Entwicklung einleiteten, die schließlich im Faschismus endete.

„Hamburg darf nicht länger warten — Urabstimmung starten!“



Rund 30000 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am 4. Juni in Hamburg für die 35-Stunden-Woche und gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer. Auf Transparenten und in Sprechchören wurde häufig die Urabstimmung für Hamburg und die Einbeziehung in den Streikkampf gefordert.

Schluß mit den Kompromißangeboten

Wir wollen keinen faulen Kompromiß

Voller Lohnausgleich ist unverzichtbar

Bei den Tarifverhandlungen für die Metallindustrie im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden, die bei Redaktionsschluß noch andauern, haben sich die Unternehmer um keinen Millimeter von ihrer bisherigen Haltung der kompromißlosen Verteidigung der wöchentlichen Regelarbeitszeit von 40 Stunden wegbewegt.

Die IG Metall hat dagegen ein neues Kompromißangebot vorgelegt. Dieses sieht die Einführung der 35-Stunden-Woche in folgenden Stufen vor: zum 1. Oktober 1984 soll die wöchentliche Arbeit auf 39 Stunden verkürzt werden, zum 1. Januar 1985 auf 37 Stunden, zum 1. Januar 1986 auf 36 Stunden und zum 1. Januar 1987 auf 35 Stunden. Gleichzeitig hat die IG Metall ab 1. Juli 1984 eine Lohnanhebung um 3,3 Prozent gefordert. Dieser Lohntarifvertrag sollte eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 1985 haben.

Dieser weitgehende Kompromißvorschlag, der vor allem wegen des nahezu vollständigen Verzichts auf die Forderung nach einem vollen Lohnausgleich unakzeptabel ist, wird von der IG Metall in einer Verhandlungsrunde gemacht, die von den Unternehmern unzweideutig unter die Vorbedingung gestellt wurden, daß die 40-Stunden-Woche auf jeden Fall festgeschrieben werden müsse. Diese merkwürdige Taktik, die Unnachgiebigkeit der Unternehmer durch ständig neue Kompromißangebote zu belohnen, hat bei den Unternehmern bisland nichts bewegt, sondern sie im Gegenteil ermuntert, den Aussperrungsterror noch auf andere Tarifbezirke auszudehnen. Diese Wackelpolitik schafft aber Unsicherheit und Zweifel an dem Durchsetzungswillen der IG-Metall-Führung in den Betrieben. Deshalb fordern wir, daß Schluß gemacht wird mit den Verhandlungen, solange die Unternehmer nicht ihre Bereitschaft erklären, von der 40-Stunden-Woche abzugehen. Stattdessen muß der Streikkampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgeweitet werden.

Mertes: „Kein Tag der Entfremdung“

Unschuldig und unbesiegt?

Streit um Jahrestag der alliierten Invasion in der Normandie

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), hat davor gewarnt, den 40. Jahrestag der alliierten Invasion in der Normandie zu einem Tag der „Entfremdung im Bündnis“ zu machen. Stattdessen sollte daraus ein „Deutschlandtag“ besonderer Art werden, der die nationale Identität des deutschen Volkes demonstrieren solle . . .

Politisch ist natürlich die Tatsache zu kritisieren, daß das Hollywood-Spektakel, das vor allem die USA da inszeniert haben, dazu dienen soll, sich mit den falschen Federn einer konsequent antifaschistischen Siegermacht zu schmücken. Dagegen ist die Wahrheit zu halten, daß zum Zeitpunkt der alliierten Invasion das militärische Geschick des deutschen Faschismus bereits durch die Siege der Roten Armee entschieden war.



6. Juni 1944

Aber natürlich ist es nicht das, was ein Herr Mertes meint. Er und seine Partei hätten es gerne, wenn der deutsche Faschismus möglichst in Vergessenheit geriete, seine Kriegsschuld unter den Teppich gekehrt und seine Niederlage nicht zur Kenntnis genommen würde. Stattdessen würde er sich wohl gerne mit einer Linie vereinigen, wie sie nach dem Kriege Winston Churchill am klarsten vertrat, die bekannte, das „falsche Schwein geschlachtet“ zu haben, es im Nachhinein vorgezogen hätte, gemeinsam mit Hitler gegen die UdSSR zu marschieren. Nur so ist sein revanchistischer Hinweis auf die „nationale Identität“ zu verstehen. So unter dem Motto, das arme unschuldige Deutschland und dann wurde es auch noch geteilt . . .

Dieser Haltung entsprach dann auch die Forderung — die nicht erfüllt wurde — Kohl zu dieser Feier einzuladen. Und die — ungeliebte — Anwesenheit deutscher Neofaschisten, die mit Krieg spielen wollten.

Ein Hinweis darauf, was die CDU darunter versteht, wenn sie ständig die Forderung erhebt, die Bevölkerung, die Jugend vor allem, müsse mehr Geschichtsbewußtsein haben. Nicht etwa die Kenntnis der geschichtlichen Tatsachen ist gemeint, sondern die reaktionäre Indoktrination und Verkleisterung vor allem von Ursachen und Wirken des Faschismus.

Bonner Bundesbahnpolitik

Weichenstellung für die Kapitalisten

Neue Streckenstillegungen

Die neuesten Pläne zur „Sanierung“ der Bundesbahn setzen die schon länger eingeschlagene Politik fort: „Sanierung“ auf Kosten des öffentlichen Nahverkehrs — Investitionen in Bereichen, die den Kapitalisten dienen.

Streckenstillegungen — es geht um rund 2000 Kilometer — gehen schon seit Jahren auf Kosten der kleinen Leute. Die Pendler, die bisher Bahnlinien benutzen konnten, werden mehr und mehr gezwungen, entweder aufs Auto umzusteigen, oder sehr viel längere und umständlichere Verbindungen zu benutzen. Mit dem Kostenargument — die Bahn fährt jährlich Millionendefizite ein — wird die Stillegungspolitik begründet.

Für die Wirtschaftsunternehmen dagegen, hat die Bundesbahn ein offenes Herz: Gerade jetzt ist ein neues Güterverkehrssystem installiert worden, mit dem Unternehmer ihre Frachtprobleme billig und schnell lösen können. Die Investitionssummen dafür sind natürlich vorhanden — kein Wunder, wenn man bedenkt, daß im Verwaltungsrat der Bundesbahn Vorstandsmitglieder z. B. des Flick-Konzern, von MAN, Esso und Opel die Weichen stellen. Weichenstellung auch für weiteren Personalabbau bei der Bahn, dem die Gewerkschaft der Eisenbahner mit der 35-Stunden-Woche begegnen will: Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung in der Woche bedeuten bei der Bahn 4000 neue Arbeitsplätze.

FDP-Bundesparteitag in Münster

Eine angeschlagene Partei

Wer vom FDP-Parteitag in Münster grundsätzlichere politische Aussagen erwartet hatte, der mußte sich vorhalten lassen, er habe wohl die Entwicklung dieser Partei nicht richtig verfolgt: Das stand außerhalb jeglicher Debatte. Es war, wie stets, ein Taktieren ohne Ende — bzw. dieses Mal mit einem „Denkzettel-Ende“.

Daß eine Partei, die mit einem Zimmermann zusammen in der Regierung sitzt, keine Substanz an politischem Liberalismus im Sinne bürgerlicher Demokratie haben kann, erscheint ohnehin klar. Die einst vielgerühmten „Freiburger Thesen“ Kai-Hermann Flachs wurden in Münster genannt, ohne daß sich eine einzige Hand zum Beifall rührte. Und sie hatten ohnehin, außer vielleicht bei einigen der ausgeschlossenen Jungdemokraten in der praktischen Politik keine Rolle gespielt.

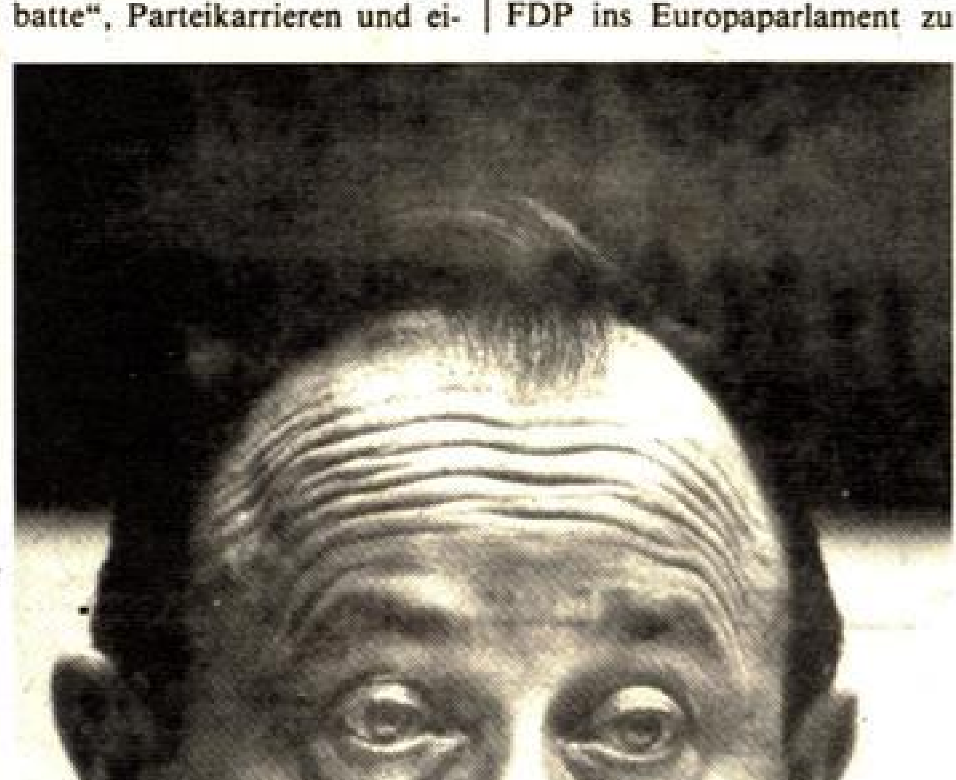
Der rigide „Wirtschaftsliberalismus“ des Grafen Lambsdorff unterscheidet sich in nichts von der Wirtschaftspolitik, die die CDU/CSU betreibt. Beengt das freie Unternehmertum nicht durch Gewerkschaften, Tarife und Schutzbestimmungen — diese Maxime zu vertreten braucht es neben der Union keine andere Partei und der Marktgraf denkt und handelt ohnehin nur als „Koalitionär“ als Machthalter des Kapitals. Alles, was es in diesem Bereich gab, war — wieder einmal — die Einsetzung einer Programmkommission, wobei es nicht einmal Einigkeit über deren Zusammensetzung gab.

Im Vordergrund des Parteitags standen dementsprechend drei Punkte: Die „Amnestiedebatte“, Parteikarrieren und einige Ausfälle zur aktuellen Lage. Dabei wurde vor allem bei der Debatte um die Amnestie nochmals deutlich, daß die Weigerung der FDP, diesen skandalösen Gesetzentwurf mitzutragen, keineswegs aus grundsätzlichen Überlegungen geschah, sondern ausschließlich aus der Angst heraus entstand, endgültig jede Wahlchance zu verlieren. Bei einem auch nur geringen Maß an Ehrlichkeit hätten sich die Delegierten dieses 35. Bundesparteitags zumindest auch mit dem „Fall Lambsdorff“ befassen müssen, was peinlichst vermieden wurde.

Unter dem Stichwort „Parteikarriere“ gingen eine Reihe von FDP-Politikern in die Startlöcher zum Rennen um den Parteivorsitz. Denn selbst wenn Genscher seine Rücktrittsankündigung für 86 nur taktisch gemeint hatte, so ist ihm wohl nach dem Ergebnis der Vorstandswahlen, für ihn das Schlechteste überhaupt, der Rückzug genommen. Und auch ein profilierter Oberkarrierist wie Möllemann aus NRW erlitt eine Schlappe.

Das Dilemma der FDP dabei ist, daß die eigentliche Leitfigur ihrer Politik natürlich Graf Otto ist — den aber als Vorsitzenden anzubieten, das traut man sich wiederum nicht.

Einigkeit wurde eigentlich nur in zwei Punkten demonstriert: Bei der Losung, um jeden Preis für einen Einzug der FDP ins Europaparlament zu kämpfen und bei der Hetze gegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und gegen den Streik bei Metall und Druck.



Bei der nun in zahlreichen bürgerlichen Medien geführten Debatte um die „Zukunft des organisierten Liberalismus“ in der BRD (die ja ohnehin sich auf den Wirtschaftsliberalismus beschränken müßte) gibt es natürlich geschichtliche Parallelen. Der Niedergang solcher Parteien in Zeiten der kapitalistischen Krise, das Aufsaugen ihrer Anhängerschaft durch profilierte rechte oder konservative Parteien, kleinerer Teile in begrenztem Umfang auch durch die Sozialdemokratie — das war schon öfter da.

Daß es sich bei der FDP heute um eine von der CDU etwa unterscheidbare politische Strömung im bürgerlichen Lager handele, ist eine gewagte These für die es aktuell keinen Beweis gibt. Das hat dieser Münsteraner Parteitag erneut deutlich gemacht.

Hannover: „Soldaten treffen Personalchefs“

Spezialisten, die gelernt haben, zu gehorchen

40 Unternehmer und Personalchefs waren vom Kommandeur der 1. Panzerdivision, Generalmajor Henning von Ondarza, zu einer Tagung "Soldaten treffen Personalchefs" eingeladen worden, 36 kamen. Unter ihnen die größten Banken, Kaufhauskonzerne, Maschinenbau- und Touristik-Unternehmen. Zeitsoldaten wurden dort als ideale Arbeitskräfte für Unternehmer angepriesen.

Deren Vorzüge, so priesen die anwesenden Offiziere den Unternehmern an, seien eindeutig. Das wurde mit Sprüchen wie folgenden unterstrichen: „Eine 35-Stunden-Woche kennen wir nicht, eine 40-Stunden-Woche nur von anderen, manchmal arbeiten wir nur 45 Stunden, oft mehr als 60.“ (Großer Beifall).

„Ein Zeitsoldat, der einige Jahre lang als Führer einer militärischen Einheit tätig war, weiß auch mit extremistischen Gruppen umzugehen.“ Generalmajor Ondarza selbst fügte hinzu: „Der leistungsstarke Soldat ist nicht nur Spezialist auf seinem Fachgebiet, sein Handeln ist an der Absicht der übergeordneten Führung orientiert.“

Die „soldatischen Grundtugenden“ wurden da gepriesen: Sorgfalt, Pflichtbewußtsein, Verantwortung, Disziplin. die Veranstaltung, die hauptsächlich dazu diente, den ersten Entlaßjahrgang der Bundeswehrhochschule anzubringen, stieß auf vollste Zustimmung der Unternehmer. Der Geschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsens wies darauf hin, daß es noch keine Schwierigkeiten mit ehemaligen Zeitsoldaten gegeben habe, denn „es gibt ja auch in der Wirtschaft sehr autoritäre Führungsstile“.

SPD-Bezirksparteitag Niederrhein

„Lieber kein Schwier als keine Gesamtschule“

Turbulent ging es am vergangenen Wochenende auf dem Bezirksparteitag eines der größten SPD-Landesbezirksverbände, im Niederrhein, zu. Der Bezirksvorstand hatte ein Diskussionspapier für die „Erneuerung der SPD“ verabschiedet und vorgelegt, das von den Delegierten, trotz Verteidigungsversuchen des Exjustizministers Schmude zerrissen wurde.

Neben der Debatte um dieses Papier, das vom Vorstand linientreu anhand des Essener Parteitags ausgearbeitet worden war und die somit ein Beweis dafür wurde, wie wenig es in Essen darum gegangen war, irgendwelchen neuen Elementen in der Parteipolitik Bahn zu brechen, stand vor allem die Debatte um die Landespolitik im Vordergrund.

Und hier wiederum vor allem die Bildungspolitik. Der kürzlich ergangene Erlaß des NRW-Kultusministers Schwier über eine Neuregulierung (im wesentlichen geht es dabei um die Benotung) der Versetzung in der Sekundarstufe stand dabei im Mittelpunkt der Kritik.

Schwier habe, so die mehrheitlich vertretene Auffassung, ohne Druck ein Kernstück bisheriger sozialdemokratischer Schulpolitik aufgegeben. Die Landtagsfraktion wurde aufgefordert, diese Verordnung wieder rückgängig zu machen.

Und dies stimmt ohne Zweifel. Von der einst so großartig angekündigten Gesamtschul-Politik der SPD ist nicht mehr viel übrig geblieben. Immer wieder ist die SPD-Landesregierung vor privilegierten Eltern, die von der CDU mobilisiert wurden und vor Stellungnahmen aus Kapitalistenkreisen zurückgesteckt. Das „ohne Druck“ mag so zwar nicht stimmen, aber viele Sozialdemokraten hatten ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß die NRW-Alleinregierung der SPD wenigstens in diesem Bereich einen Teil der beschlossenen Parteipolitik umsetzen würde — und wurden zusehends enttäuscht.

Dabei bleibt, trotz aller nötigen Kritik an der Gesamtschule, die Tatsache bestehen, daß sie aus der Sicht der Arbeiter und Werktätigen ohne Zweifel eine bessere Bildungschance darstellt als Gymnasien usw.

Schwiers Politik aber macht sie endgültig kaputt. Deshalb ist auch die Meinung eines Delegierten des Bezirksparteitags "Lieber kein Schwier als keine Gesamtschule" zutreffend.

Erstes Bundestreffen von „Pseudo-Krupp-Initiativen“

„Entschwefeln statt schwafeln“

Unter diesem Motto versammelten sich am 2. Juni rund 250 Menschen, die etwa 50 der vermutlich 100 bestehenden Initiativen vertraten. In einem „Essener Appell“, den sie verabschiedeten, faßten sie ihre verschiedenen Forderungen zusammen. (Siehe dazu auch Vorbericht im RM 21/84 und einen ausführlicheren Bericht über das Treffen in der nächsen Ausgabe des RM).

Die Vielfalt der von Ärzten und Eltern vorgelegten Tatsachen hat die Gegenpropaganda, das seien alles Mutmaßungen, keine Beweise, endgültig widerlegt. Schadstoffe in der Luft sind die Ursache der Erstickungsanfälle mit Würgehusten unter der die Kinder leiden, die „Pseudo-Krupp“ haben.

Nicht zufällig ist es deshalb, wenn die meisten der bisher bekannten Fälle im Ruhrgebiet auftreten. Der Essener Kinderarzt Dr. Mersmann, der durch seinen Einsatz in diesem Zusammenhang bekannt wurde, warnte dabei, man habe bisher nur „die Spitze des Eisbergs“ entdeckt.

Die Stoßrichtung der Forderungen ist eindeutig: Drastische Reduzierung der Industrieabgase, schärfere Gesetze und Auflagen, Luftmessungen „rund um die Uhr“ und die Gründung einer Entschädigungskasse, an der sich die potentiellen Schädiger beteiligen müssen, waren Eckpunkte des verabschiedeten Forderungskatalogs.

Protestiert wurde dabei auch gegen die Haltung zahlreicher Politiker. Dabei ging es nicht nur um Zimmermanns sogenannte Umweltschutzpolitik. „Statt Unterstützung zu erfahren werden wir und die mit uns besorgten Ärzte diffamiert und als Panikmacher verunglimpft“, stellten die Versammelten fest. Dabei wandten sie sich auch gegen die Äußerung des NRW-Gesundheitsministers Farthmann, der sich „energisch dagegen verwahrt, wenn der weiße Kittel und ärztliches Ethos bemüht werden, um Horrormeldungen in die Welt zu setzen“. Inzwischen scheint er unter dem Druck der Tatsachen, der kommenden Landtagswahl und der schnell wachsenden Zahl solcher Initiativen seine Haltung etwas zu verändern.

Kommentare

Ausladen? — Ausladen!

Die sozialdemokratische Opposition in Bonn macht mal wieder einen Eiertanz. Knallhart in der Beschreibung des Terrors des Rassistenregimes von Südafrika will sie die Forderung nach Ausladen des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha natürlich nicht unterstützen. Wie man einen solchen Eiertanz vollführt, zeigen die Zitate aus einem Kommentar der SPD-nahen Dortmunder Tageszeitung „Westfälische Rundschau“ vom 1. Juni: Da hießt es zunächst: *„Am Dienstag empfängt die Bundesregierung schließlich einen Mann, der einen Staat vertritt, in dem die Menschenrechte systematisch mißachtet werden, Schwarze gegen ihren Willen umgesiedelt, unterdrückt und ausgebeutet werden.“* Was folgt daraus? Weiteres Zitat: *„Ausladen? Damit wäre mehr verloren als gewonnen“.* Man sollte die Sache geschäfts(!)mäßig abwickeln, wird empfohlen: *„Es soll, so hat die Bundesregierung versichert, kein „Freundschaftsbesuch“ sondern eher eine geschäftsmäßige förmliche Begegnung werden, bei der man dem Gast unverblümt die Meinung sagt.“* (Wohl solange es die Geschäftsmäßigkeit nicht beeinträchtigt, RM) Und weiter: *„Wenn dies durchgehalten wird, ist Bonn auf einem gangbaren Weg.“* Den eine SPD-Regierung in Sachen Südafrika ja auch immer gegangen ist! Wir jedenfalls meinen weiter: Ausladen! — das wäre das einzig Richtige gewesen.

Die Architekten

Nun wird Hessen also wieder einen ordentlich gewählten Ministerpräsidenten haben. Der Landesparteitag der Grünen vor zwei Wochen und der Sonderparteitag der hessischen SPD am Wochenende machten die Sache perfekt.

Alfred Dregger ließ mit Kommentaren nicht lange auf sich warten: die SPD als „traditionsreiche Volkspartei“, verkündete er, mache sich durch die Zusammenarbeit mit den Grünen zum „Büttel einer Aussteigerpartei“! Natürlich weiß Dregger, der die Vereinbarungen zwischen SPD und Grünen kennt, es in Wirklichkeit besser. Aber der nächste Wahlkampf kommt bestimmt. Und der Köder, um vom rechten Flügel der SPD-Anhänger Stimmen zu bekommen, wird schon heute ausgelegt. Ob sich die Hoffnungen Dreggers erfüllen werden, läßt sich heute noch nicht sagen.

Daß sich aber die positiven Hoffnungen, die viele in die Zusammenarbeit von Grünen und SPD in Hessen setzen, nicht erfüllen werden, steht heute schon fest. Holger Börner prägte auf dem Sonderparteitag der SPD in Hessen das Wort von der „Architektur einer neuen Politik für Hessen“. Ähnliches hörte man auf dem Landesparteitag der Grünen. Aber auf dem Grundriß der Tolerierungsvereinbarungen läßt sich keine „neue“ Politik aufbauen; da läßt sich nach dem Motto „etwas weniger Müll, etwas mehr Naturschutz“ lediglich alte Politik mit grünen Farbtupfern auffrischen.

Ein Schuß Doppelmoral . . .

Die „Stiftung Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ hat jetzt ihren ersten parlamentarischen Segen erhalten. Über die Stiftung sollen schwangere Frauen eine einmalige finanzielle Hilfe erhalten — allerdings nur dann, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch geplant hatten und sich davon abhalten lassen. Ob sie das Kind dann behalten oder zur Adoption freigeben, spielt für die Unterstützung durch die Stiftung keine Rolle.

Gegen diesen Gesetzentwurf protestierten im Bundestag vor allem Sozialdemokratinnen und Grüne Frauen. Natürlich hat niemand etwas dagegen, daß hilfsbedürftige Frauen unterstützt werden. Im Gegenteil. Aber 1. hat die Regierung das Geld, das sie jetzt so großzügig (zu unwürdigen Bedingungen) an die Frauen verteilen will, vorher den Frauen weggenommen — 350 Mio. DM allein beim Mutterschaftsurlaubsgeld; 2. spielen finanzielle Gründe nach allen Erfahrungen nicht die Hauptrolle, wenn Frauen sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden — jedenfalls nicht solche finanziellen Gründe, die sich mit der einmaligen Zahlung von 2500 DM beheben lassen. Aber um echte Hilfe für Frauen soll es ja auch nicht gehen. Das Motto heißt vielmehr: „mehr Geburten für wenig Geld“ (pro familia).

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.



Birnes schwarzer Mittwoch

„Kohl kommt — wir auch"

Unter diesem Motto hatte die Aktionsgruppe 35 des Vertrauenskörpers der Firma Still in Hamburg dazu aufgerufen, bei Kohls Europawahlkampfbesuch in Hamburg dabeizusein — Aufrufe wie diesen gab es viele. Bereits am Morgen dieses Mittwochs letzter Woche hatte Kohl bei seiner Eröffnungsrede bei der DLG-Landwirtschaftsausstellung in Frankfurt sich mit dem herben Protest der Bauern konfrontiert gesehen.

Ein Protest der für ihn „außerhalb jeder Begreiflichkeit" lag, nichts desto trotz aber sehr intensiv war — für die Bauern nicht nur begreiflich, sondern auch nötig. Bei seinem Zwischenabstecher nach Eutin flogen die Eier, und in Hamburg ging seine Rede im Protest unter, mußten seine erprobten Gorillas ihn vor allen möglichen fliegenden Gegenständen in Schutz nehmen.

In der Streikzeitung der KPD, Extraausgabe Nord, die am letzten Montag bei der Demonstration in Hamburg verbreitet wurde, hieß es dazu, anknüpfend an den genannten Aufruf von Still:

„Dieser und andere Aufrufe sorgten dafür, daß Kanzler Kohl bei seinem großangekündigten Hamburg-Auftritt lebhaft „begrüßt" wurde. Das kleine Häuflein der echten Kohl-Fans — mehr als ein paar Hundert hatte die CDU trotz eigens gescharterter Busse in ganz Hamburg nicht auftreiben können — ging fast unter in der Menge der 2000 Gegendemonstranten.

Die Gegendemonstranten, das waren Kollegen und Gewerkschafter aus Metall- und Druckbetrieben, Arbeitslose, Auszubildende und Lehrstellensucher, Sozialhilfeempfänger und viele andere Opfer der Kohlschen Politik. Und da waren noch die „Jubler", die in noble Gewänder geschlüpft, stellvertretend für die Nutznießer der Kohlschen Politik in den Chefetagen der Konzerne und Banken lautstark deren Forderungen vortrugen: „Amnestie — jetzt oder nie" und „Geld stinkt nicht" war da zu hören.

Bananen — als Symbol für die Bananen-Republik BRD mit Bestechungsskandalen — und anderes Obst wurden neben Eiern dem Kanzler als „Gastgeschenke zugeworfen, was dieser, hinter einem Schutzwall von Regenschrimen und Polizeischildern verborgen, dankend ablehnte.

Und so kam es, daß zumindest an diesem Nachmittag in Hamburg in der Hektik und im Lärm die übliche Hetze von Kohl gegen den Kampf um die 35-Stunden-Woche, gegen die streikenden Kollegen kaum zu verstehen waren.

Auch wenn Kohl noch genügend Kanäle in Funk und Fernsehen und der Presse zur Verfügung stehen für seine reaktionäre Propaganda, so kann bei seinen öffentlichen Auftritten nicht mehr übersehen werden, daß seine Politik auf immer breiteren Widerstand und Protest stößt."

Der krönende Abschluß folgte am Tag darauf. Die selbst für eingefleischte Fußballfreunde beste Szene im Frankfurter Pokalendspiel war, als die Ankündigung, Kohl werde den Pokal überreichen, mit einem seit langem nicht mehr dagewesenen Pfeifkonzert im Waldstadion quittiert wurde.

Während er die Bauern ja nun auch „dumm" nannte und die Demonstranten in Hamburg laut Kohl „ein Pöbel, auch zu Mord fähig" waren, verkniff er sich, nun auch noch alle Fußballfreunde zu beschimpfen.

Europawahlen am 17. Juni:

Raus aus der EG!

Ein „Krisengipfel" folgt dem anderen, neben der englischen beschwert sich die bundesdeutsche Regierung darüber, sie müßte zuviel in die EG-Kasse einbezahlen. Doch diese EG hat Vorteile und Nachteile. Vorteile für die Kapitalisten, Nachteile für die Werktätigen. Dabei geht es gar nicht um die Behauptung, „die anderen" würden „uns" kaputtmachen.

Stahl: Arbeitsplätze weg, Profite da

Die „anderen" machen uns kaputt, das wird vor allem in solchen Branchen wie im Stahlbereich versucht, den Arbeitern einzureden. Tatsache ist:

Der zugestandene Quotenanteil (fast 1/3 aller 10 Staaten) für die bundesdeutsche Stahlindustrie war von jeher übermäßig hoch, ist es heute noch. Daß die Produktion kräftig durchrationalisiert wurde, daß man ein bißchen weniger mit drastisch abgebauten Belegschaften produziert — das ist nicht EG-Ergebnis, sondern das Wirken der westdeutschen Kapitalisten. Wobei die EG für sie nicht nur günstig war, um andere an den Pranger zu stellen, sondern auch um ihre Konkurrenten mit der Quotenregelung in Schach zu halten. Gewonnen haben die westdeutschen Stahlkonzerne, verloren haben die westdeutschen Stahlarbeiter an dieser EG-Lösung.

Agrarmarkt: Wer zieht den Nutzen?

Die meisten Kosten des Agrarmarkts entstehen durch die Subventionen an Nahrungsmittelproduzenten, Düngerfabrikanten, Lagerhausgesellschaften. Es sind die großen Industriekonzerne und auch die Banken, die hier „dick im Geschäft" sind und die reichsten Bauern. Nicht profitieren tun von diesen Regelungen die Mehrzahl der Bauern und die werktätige Bevölkerung, die zu überteuerten Preisen einkaufen muß.

Hier erweist sich die „Beziehung der EG" als ein weiterer Weg, wie den Konzernen und Banken, den Reichen Steuergelder zugeschustert werden.

Wenn gesagt wird: „Von unseren Steuergeldern wird die EG bezahlt", so stimmt das eben nur teilweise. Denn es müßte heißen „Unsere Steuergelder wandern über die EG an die deutschen Konzerne".

Worum geht der Streit?

Wenn heute in der EG gestritten wird, so geht es darum, daß die einzelnen Profiteure, die Kapitalisten der verschiedenen Länder, sich untereinander befehden, um ihre Anteile. In keinem Fall geht es bei diesem Bündnis um Interessen von arbeitenden Menschen.

Die EG entstand als Freihandelszone fürs westeuropäische Kapital und das ist sie realistisch betrachtet bis heute im Kern geblieben. Trotz allem politischen Brimborium, das jeweils zu den Wahlen veranstaltet wird. Keine Grenzen für die Profite — das fordern vor allem die westdeutschen Kapitalisten.

Kein Europa des Friedens

Bei allen Mängeln, so beteuern sie in Bonn gerne, sei es doch immerhin ein friedliches Europa geworden. „Macht Europa stark" heißt es dann. Wozu? Diese EG hat den englischen Krieg gegen Argentinien nicht nur politisch unterstützt, sondern auch bezahlt, hat den französischen Überfall auf den Tschad mitgetragen und die Einmischung im Libanon. Sie ist das Hinterland für neue amerikanische Atomraketen.

Diese EG war gerade für die Bundesregierung immer wieder ein Weg, sich in internationale Krisenherde einzumischen bei öffentlich gepredigter Enthaltsamkeit.

Aufwärts mit Deutschland?

Solch markig-herrliche Großmachtansprüche verbreitet die CDU in ihrem Wahlkampf. So wird der Anspruch des westdeutschen Kapitals ausgesprochen, eine Vormachtstellung in Europa zu erlangen, auf Kosten der anderen Völker und der werktätigen Bevölkerung der BRD.

Kohl, der Mann der salbungsvoll-reaktionären Phrase will dort dieselbe Art von „Aufschwung" für seine Spenderklientel erreichen, wie in der Bundesrepublik selbst auch. Dagegen muß Front gemacht werden.

Keine Gründe für die EG

Weder wirtschaftlich noch gar politisch gibt es Gründe, sich für diese EG einzusetzen — vorausgesetzt man ist kein Kapitalist. Weder ist es möglich, noch nötig sie zu „reformieren". Wir Kommunisten meinen allein richtig ist es zu fordern:

Bundesrepublik raus aus der EG!

Informationen über die KPD und ihre Ziele bei: KPD, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Hier kann man die Wochenzeitung der KPD, Roter Morgen, kostenlos kennenlernen und natürlich auch Mitglied der KPD werden.
V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Eigendruck/Selbstverlag

KPD


AKTIONS-GRUPPE 35

INFO DES VK-STILL FÜR DIE 35 STUNDEN-WOCHE MIT VOLLEM LOHNAUSGLEICH 28. Mai 84

Kohl kommt - wir auch!

"DUMM und TÖRICHT" nennt er unsere Forderung nach der 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie würde auf die "zarte Pflanze" des Aufschwungs (wo bleibt sie eigentlich?) wie eine Dampfwalze wirken, meint sein Arbeitslosenminister Blüm.

Aufschwung bedeutet für sie
- volle Kassen bei den Unternehmern ohne Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit
- steigende Belastungen für alle, die noch Arbeit haben
- Kürzung der durch die Beschäftigten erarbeiteten "sozialen" Leistungen
- noch mehr Raketen
- Brechen der eigenen Gesetze (Amnestie für Parteien-Bestechung, Verweigerung von Kurzarbeitergeld für "kalt" Ausgesperrte)

Mit der Verweigerung von Kurzarbeitergeld stellt sich die Rechtsregierung offen auf die Seite der Unternehmer. Kollegen, die ohne einen Pfennig vor den Betrieb gesetzt werden, sollen den Streik von hinten aufrollen. Unternehmer und Bundesregierung wollen damit unsere Gewerkschaften entscheidend schwächen.

Der Aufruf des VK Still



Bauernprotest gegen Kohl auf der Eröffnung der DLG-Landwirtschaftsausstellung in Frankfurt am Mittwoch letzter Woche

Achtung: Vorlage!

Nebenstehendes einseitiges Flugblatt kann so ausgeschnitten und als Druckvorlage benutzt werden von Parteiorganisationen, die zur EG-Wahl etwas verbreiten wollen.

CDU-Biedenkopf als Schlichter bestellt

Was soll jetzt Schlichtung?



Diese Frage stellt sich von selbst, nachdem der frühere NRW-CDU-Chef Biedenkopf als politischer Schlichter in der Druckindustrie — überraschend — bestellt wurde.

Nicht nur, weil es sich dabei um einen Mann, einen ehemaligen Topmanager handelt, der bekannt wurde durch seine Anti-DGB-Kampagne im Ruhrgebiet. Sondern aus der ganzen Entwicklung heraus, wo es bisher auf der Seite der Unternehmer keinerlei Bewegung gab, wo Biedenkopf selbst stets beteuert hatte, er sähe es als unmöglich an, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zuzugestehen.

Ist das, nach all den markigen Worten, ein Angebot zum inhaltlichen Nachgeben? Soll das eine — völlig undefinierte — „Kompromißbereitschaft" signalisieren? Oder: Angst vor der Aussperrung? Allesamt keine Gründe, gerade jetzt in die politische Schlichtung zu gehen, zur selben Zeit, als längerfristige Streiks beginnen sollten.

Eine „Nacht- und Nebelaktion" des Vorstandes, die Ungutes ahnen läßt …

KEINE KNECHTE

Rund um die Uhr sind jeweils ungefähr 100 der 460 Kollegen der Firma Knecht in Lorch im Werk. Rund um die Uhr wird das Werk bewacht. So sind sie der Aussperrung begegnet, nun schon über eine Woche lang. Der Aufruf der Bezirksleitung „von nun an" jeden ausgesperrten Betrieb zu besetzen, fand hier sein Echo. Nur dem IGM-Vorstand war auch das nicht genehm: Bei Knecht handele es sich nicht um eine Betriebsbesetzung. Preisfrage: Um was denn dann?

Letzte Meldung:



Polizeieinsatz bei Stuttgarter Zeitungsdruckereien

Am 6. Juni berichten Kollegen aus Stuttgart folgendes: Die Zeitungsdruckereien Süddeutsche Rollenoffset und Turmhaus sind bestreikt worden. Zunächst lief alles normal. Heute morgen rückte dann die Polizei mit einem Großaufgebot an, riegelte mit spanischen Reitern alles ab, besetzte die gesamte Zufahrt und verbot den Streikposten sogar, die Ausweise derjenigen, die in den Betrieb wollten, zu kontrollieren.



Als Auftakt des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn mochte es noch angehen, daß nur in Nordbaden-Nordwürttemberg und in Hessen zur Urabstimmung aufgerufen wurde. Obwohl auch das schon eine Mißachtung des Willens vieler Metaller im Nordverbund war.

Kapitulieren oder kämpfen?

Es mochte auch noch angehen, daß der IGM-Vorstand zunächst, als die Unternehmer zur „kalten" Aussperrung griffen, nur auf den Kampf gegen Franke, Blüm usw. orientierte. Der Marsch auf Bonn war eine großartige Aktion. Inzwischen aber geht es nicht mehr an, daß die nur die Kollegen weniger Betriebe zum Streik aufgerufen sind, daß nur in zwei Tarifbezirken überhaupt die Möglichkeit zur Ausweitung des Streiks besteht. Inzwischen ist die Situation untragbar geworden — für die Streikenden, die genau wissen, daß sie allein nichts ausrichten können; für die „kalt" ausgesperrten und für die „normal" ausgesperrten Kollegen. Die einzigen, die im Moment wissen, wie es weitergehen soll, sind die Unternehmer. Denn sie können, so wie die Lage ist, nach Belieben den Kampf ausweiten.

Es ist völlig klar, so läßt sich der Sturheit der Unternehmer nicht beikommen. So läßt sich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn nicht durchsetzen. So weitermachen wie bisher, bedeutet kapitulieren. Wenn der IGM-Vorstand ernsthaft für die beschlossene Forderung kämpfen will, dann gibt es jetzt nur eins: Urabstimmung in allen Tarifbezirken, Streik in den wichtigsten Betrieben, Ausweitung der Solidaritätsaktionen, bundesweiter Solidaritätsstreik aller DGB-Gewerkschaften, so wie von Ernst Breit in Bonn angekündigt!



Zimmermann

Warnung vor Streiks

Der Innenminister und Rechtsaußen der Bundesregierung, Friedrich Zimmermann hat in einem Fernschreiben alle Beschäftigten der Bundesministerien, der anderen Bundesbehörden und des Bundespresseamtes davor gewarnt, Solidaritätsaktionen mit den streikenden Metallern und Druckern durchzuführen. Zimmermann drohte mit Konsequenzen. Er hat seine Dienststelle angewiesen, im Falle von Solidaritätsaktionen *„zunächst sicherzustellen"*, daß Art und Umfang — *„insbesondere die Dauer etwaiger Aktionen und die Zahl der beteiligten Arbeitnehmer — im einzelnen festgestellt werden."*

ÖTV

In den Startlöchern

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, (ÖTV) Monika Wulf-Mathies, hat den Einstieg des öffentlichen Dienstes in den Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche nicht mehr ausgeschlossen. „Wenn es hart auf hart kommt, werden wir Seite an Seite mit den Kollegen der Metall- und Druckindustrie bundesweit streiken", sagte sie in einem Interview.

Opel / Bochum

Ausgesperrte rücken Personalchef auf die Bude

Bericht eines Opel-Kollegen

Montag, 4. Juni. Weitere 900 Kollegen sind vom Produktionsstopp betroffen. Damit sind es über 10000 von ca. 16000 Lohnempfängern bzw. 18000 Beschäftigten, die ausgesperrt sind.

Die Woche beginnt mit einer erneuten Versammlung von etwa 200 Ausgesperrten, zu der die IG Metall aufgerufen hat. Man beschließt, dem Personalchef aus die Bude zu rücken. „Dr. Prein, wir brauchen Moos, sonst ist hier bald der Teufel los!" wird gerufen. Tatsächlich dringen Vortruppe bis in Dr. Preins Vorzimmer ein. Es kommt zu einer kurzen Auseinandersetzung, die aber bald mit einer Ansprache des Betriebsratsvorsitzenden Perschke endet. (Übrigens waren die IGM-Funktionäre, die den Marsch vorgeschlagen haben, selbst nicht dabei. Sie hatten sich plötzlich verdrückt.)

Dienstag, 5. Juni. An der heutigen Versammlung nehmen außer ca. 150 Ausgesperrten auch der Betriebsratsvorsitzende Perschke, der Bochumer Oberbürgermeister und das Fernsehen teil. Günther Perschke gibt bekannt, daß in der nächsten Woche eine Belegschaftsversammlung stattfinden soll. Es soll erreicht werden, daß möglichst viele Kollegen teilnehmen. (Bei Opel haben in dieser Woche 60—70 Prozent der Kollegen Urlaub genommen). Gestern hatte der Betriebsratsvorsitzende noch erklärt, daß er die Forderung der Ausgesperrten nach Urabstimmung unterstützt. Heute spricht er sich dagegen aus. Begründung: so ein Beschluß sei schwer durchsetzbar, außerdem dauere die Sache zu lange. Seiner Meinung nach müsse die IG Metall in der bestehenden außerordentlichen Situation auch eine außerordentlichen Beschluß fassen. Deshalb sei er dafür, daß die IG Metall die „kalte" Aussperrung — ohne Urabstimmung — mit Streik beantworte. Perschke kündigt an, daß er einen entsprechenden Antrag an den IGM-Vorstand auf der Vertreterversammlung der IG Metall in Bochum und bei der Ortsverwaltung einbringen will. Perschke begrüßt ausdrücklich die gestrige Besetzung des Personalbüros. Solche Aktionen mussen weiterlaufen, möglichst mit noch mehr Kollegen …

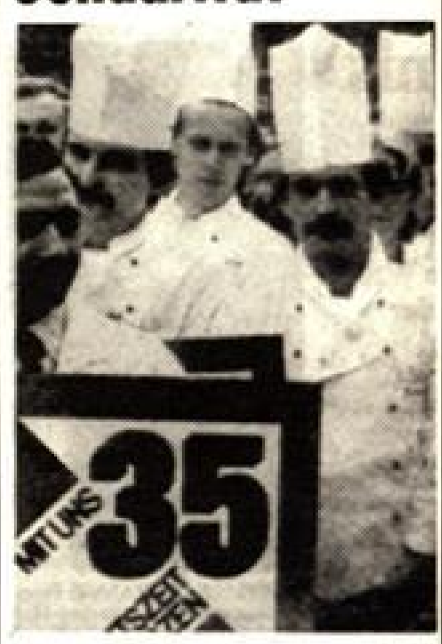


Versammlung von ausgesperrten Opel-Arbeitern in Bochum-Werne

Streikbrecher-export

Im Bereich der Produktion von Schnittbau- und Schweißmaschinen bei Opel in Bochum ist die „kalte" Aussperrung eine besondere Provokation. Dort wurden noch am vergangenen Wochenende 142 Kollegen aufgefordert, am Wochenende zu arbeiten. Gleichzeitig werden 42 Streikbrecher aus Rüsselsheim, Werkzeugmacher, dort beschäftigt. Die Klage beim Arbeitsgericht gegen die Beschäftigung dieser Leute wurde abgewiesen. Begründung: sie würden Spezialarbeiten ausführen, die von Bochumer Werksangehörigen nicht gemacht werden können. Inzwischen wurden sogar noch 25 neue Streikbrecher aus Rüsselsheim herangeholt. Gleichzeitig sind 130 Bochumer Kollegen dort ausgesperrt.

Solidarität



Viele Köche verderben den Unternehmerbrei. Unser Bild zeigt Köche der Lufthansa-Service-Gesellschaft in Düsseldorf, die einem Aufruf der ÖTV zu einem Warnstreik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gefolgt waren.

Daimler / Bremen

Buh-Rufe für Dr. Schreck

Bericht eines Daimler-Kollegen

Jetzt ist auch die Transporter-Produktion bei Daimler-Benz in Bremen ganz stillgelegt. Dadurch sind rund 6000 Kollegen „kalt" ausgesperrt.

Die Bremer IG Metall und der Vertrauenskörper im Werk entwickeln jetzt Aktivitäten, um die Belegschaft zu mobilisieren. Spekulativ wäre es zu behaupten, daß diese Aktivitäten eine Reaktion sind auf die herbe Kritik der Hamburger Bezirksleitung. Heinz Bracker, Tarifsekretär, nahm öffentlich Stellung gegen das „sozialpartnerschaftliche Verhalten" des Bremer Daimler-Benz-Betriebsrats. Diese Kritik wurde in der letzten Woche vom VK-Leiter als mit „mangelnder Kenntnis der betrieblichen Situation behaftet", zurückgewiesen.

Jedenfalls fand am Mittwoch, dem 30.6.84, viel zu spät die vor der Stillegung bereits geforderte Betriebsversammlung statt. Hierfür wurden alle „kalt" ausgesperrten Kollegen schriftlich eingeladen. Anwesend waren dann ca. 4000 Kolleginnen und Kollegen.

Der Werksleiter Dr. Schreck wurde bei seiner Rede mehrmals durch Buh-Rufe unterbrochen. Er hatte auch nur die alten Vorschläge der Unternehmer auf der Platte, nämlich Vorruhestand, Teilzeit, Flexibilisierung etc.

Das neue Angebot der Arbeitgeber, Einführung der 38-Stunden-Woche für Schichtarbeiter war sein „Sahnebonbon" für die Kollegen. Er argumentierte, daß dieses Angebot immerhin eine stattliche Anzahl von Arbeitsplätzen schaffen würde. Damit gab er indirekt zu, daß Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze schafft.

Auf dieser Betriebsversammlung wurde außerdem dazu aufgerufen, am Freitag, dem 1.6.84 um 9.00 Uhr, persönlich den Antrag auf Kurzarbeitergeld beim Arbeitsamt abzugeben. Dort sammelten sich dann auch rund 1200 Kollegen mit ihren Anträgen.

Erwähnenswert ist noch eine Unterschriftensammlung für Urabstimmung. Sie wurde von Ehefrauen der betroffenen Daimler-Kollegen am 25.6.84 vor dem Werkstor durchgeführt. Sie sammelten 67 Unterschriften und wurden mehrmals vom Werksschutz aufgefordert, das Werksgelände zu verlassen. Die Frauen ließen sich aber nicht beirren und brachten damit wirkungsvoll ihren Protest gegen die „kalte" Aussperrung zum Ausdruck. Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung, direkt vor der erwähnten Betriebsversammlung, wurde noch der Vorschlag gemacht, eine Aktionsleitung für betroffene Kollegen zu gründen. Das wurde von der Vertrauenskörperleitung abgelehnt. Angekündigt wurden aber regelmäßige Mitgliederversammlungen für die betroffenen Kollegen.

BMW / Westberlin

„Wie ein Konzern gegen unbequeme Gewerkschafter vorgeht"

Ausschnitte aus der Rundfunksendung „GULLIVER"

Bei BMW in Berlin-Spandau wurden die Gewerkschafter Peter Vollmer, Rainer Knirsch und Hans Köbrich fristlos entlassen. Die drei Kollegen haben die Betriebsratswahlen wegen massiver Wahlbeeinflussung durch die Geschäftsleitung angefochten. Die Information ihrer Kollegen über die Wahlanfechtung, durch ein Flugblatt, wurde von der Geschäftsleitung zum Anlaß für die fristlose Kündigung genommen.

Am 19. Mai strahlte der SF Berlin die Sendung „GULLIVER — Sätze und Gegensätze" aus. In dieser Sendung, in der auch die drei fristlos gekündigten Gewerkschafter ausführlich zu Wort kamen, wurden neue Einzelheiten über die Wahlbeeinflussung durch die Geschäftsleitung genannt, die wir bisher im „Roten Morgen" noch nicht genannt haben. Wir zitieren aus dem Protokoll der Sendung:

Sprecherin: Im Spandauer Werk ist die Belegschaft verunsichert. Der erst vor sechs Wochen gewählte Betriebsrat vertritt, so befürchtet ein Teil der Arbeiter, im Zweifelsfalle eher die Interessen der Unternehmerseite, als die Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche. Die vor den Wahlen beschlossenen Warnstreiks für die Arbeitszeitverkürzung sind bis auf weiteres abgeblasen, denn die neuen Arbeitervertreter sind, wie sie selbst sagen, von der 35-Stunden-Woche nicht überzeugt. Sie wurden mit Tricks ins Amt gehievt, wird im Werk hinter vorgehaltener Hand erzählt. (...)

Gulliver hat versucht in den letzten Wochen herauszufinden, was sich auf der Chefetage des Berliner BMW-Werkes abgespielt hat. Und nach unseren Informationen hat die Unternehmensleitung nicht nur verbal für die „Mannschaft der Vernunft" Partei ergriffen, sondern ihr auch in technischer und finanzieller Hinsicht unter die Arme gegriffen. Denn, wie gesagt, die Warnstreiks standen drohend vor der Tür. Nach unseren Informationen wurde das doppelseitige Programm der „Mannschaft der Vernunft", gedruckt auf Hochglanz-Papier in einer hohen Auflage, in einer Münchner Druckerei auf Kosten von BMW hergestellt. Und das Unternehmen hat es sich auch nicht nehmen lassen, eigens eine Fotografin der Public-Relation-Abteilung des Münchner Hauptwerkes auf BMW-Kosten nach Berlin einfliegen zu lassen.

In der Spandauer Kegelhalle in der Neuendorfstr. traf die dunkelhaarige Mittfünfzigerin namens Prohasske einige Tage vor der Wahl die Kandidaten der „Mannschaft der Vernunft" und lichtete sie fachgerecht für die Werbeflugblätter ab.

Diesen Sachverhalt bestreitet die „Mannschaft der Vernunft" gar nicht, sie habe, so erklärte sie jetzt auf Anfrage, die technische Herstellung ihrer Flugblätter einschließlich der Fotos und des Lay-Outs in die Hände des ehemaligen Betriebsrats Herbert Manteuffel gelegt.

Nach seiner Betriebsratszeit wurde Manteuffel, der seit kurzem Rentner ist, vom Unternehmen in der Personalabteilung eingesetzt. Er hatte also eine Vertrauensstellung der Firma.

Die Mannschaft der Vernunft" hat aber keineswegs den Eindruck, von der Geschäftsleitung bevorteilt worden zu sein, behaupten Heinz Pagendorf und seine Mitstreiter von der „Mannschaft der Vernunft":

Pagendorf: „Wir haben niemand darum gebeten, uns zu helfen, wir hatten auch nicht den Eindruck, daß wir so bevorteilt wurden, das ist sicher so nicht richtig. (...)

Interviewerin: „Ein paar konkretere Fragen, ein Punkt dieses Flugblatt: Betriebsratswahlen 1984 — Für eine Mannschaft der Vernunft. Ist das Flugblatt von Ihnen? Das ist vor der Wahl verteilt worden? Wer hat denn das geschrieben?

Pagendorf: Da haben wir uns zusammengesetzt und haben das Programm erarbeitet.

Interviewerin: Und wie ist das finanziert worden, weil es ja nun sehr gutes Papier ist?

Pagendorf: Ja, wir haben eine Umlage gemacht. Nur ist es natürlich wesentlich teurer geworden, als wir angenommen haben, und da bleibt uns nichts übrig, das müssen wir bezahlen.

Interviewerin: Sie haben sozusagen die Organisation übernommen.

Pagendorf: Aus privaten Mitteln, ja.

Interviewerin: Wo ist denn das gedruckt worden?

Pagendorf: Das war ein ehemaliges Betriebsratsmitglied. Der hat uns das drucken lassen, weil der eine Beziehung hatte zu einer Druckerei, so daß es nicht ganz so teuer geworden ist.

Interviewerin: Der Herr Manteuffel.

Pagendorf: Ja.

Interviewerin: Aber Sie müssen die Rechnung bezahlen?

Pagendorf: Ja, sicher.

Interviewerin: Das ist natürlich auch hier in Berlin gedruckt worden?

Pagendorf: Nein. Ich kann Ihnen das nicht genau sagen. Der Herr Manteuffel war ja damals noch Betriebsratsmitglied, und wir haben uns natürlich darüber unterhalten un da er auch ewig lange Betriebsratsmitglied war und Beziehungen hat, da hat er uns angeboten, daß er versuchen wird, eine Druckerei zu finden, damit das eben nicht ganz so teuer wird, ja wir wußten, daß es verhältnismäßig viel kosten wird. Aber der hat uns das vermittelt, und ich nehme an, daß es in Berlin gedruckt ist. Aber ich weiß es nicht, ich habe die Rechnung noch nicht.

Interviewerin: Sie gehen aber davon aus, daß es nicht die Geschäftsleitung gedruckt hat?

Pagendorf: Nein, nein.

Interviewerin: Gehen Sie auch nicht davon aus, daß es die Geschäftsleitung bezahlt? Sind Sie da sicher?

Pagendorf: Davon gehen wir aus.

Interviewerin: Dann sind Sie sozusagen sicher? Würden Sie darauf einen Eid schwören?

Pagendorf: Aber selbstverständlich. Na, selbstverständlich.

Interviewerin: Ich möchte nun weiter auf dieser Schiene fahren. Irgendjemand muß doch auch das Lay-Out gemacht haben.

Pagendorf: Das haben wir gemacht.

Interviewerin: Das haben Sie gemacht?

Pagendorf: Wir haben uns getroffen vorher, wir haben und zusammengesetzt und haben gesagt, wie wir das haben wollen, wie das aussehen soll, und dann haben wir das Konzept weitergegeben, und das ist nun dabei rausgekommen.

Interviewerin: Also, dann hat alles Technische der Herr Manteuffel organisiert?

Pagendorf: Ja.

Interviewerin: Na ja, aber der muß das Geld ja wohl auch erst mal haben müssen.

Pagendorf: Sie wissen doch, wie das heutzutage ist: Sie geben einen Auftrag raus und die Rechnungen kommen manchmal 4, 6, 7, 8 Wochen später. Das ist nunmal normal in dem heutigen Geschäftsleben, daß eine Rechnung nicht sofort erstellt wird.

Interviewerin: Was kostet sowas?

Pagendorf: Na, darüber möchte ich nicht reden.

Interviewerin: Da sind ja auch sehr schöne Fotos zum Teil. Wer hat die denn aufgenommen?

Pagendorf: Das hat auch der Herr Manteuffel besorgt. Das ist ein Fotograf gewesen, der die Bilder gemacht hat.

Interviewerin: Nach meiner Information hat das eine Fotografin aufgenommen.

Pagendorf: Ja.

Interviewerin: Die Fotografin, die das aufgenommen hat ... das war doch in der Neuendorfer Straße.

Pagendorf: Keine Ahnung.

Interviewerin: Die Fotografin des Münchner BMW-Werkes?

Pagendorf: Das weiß ich nicht, ob die Münchner BMW-Werk war. Ich sagte Ihnen doch, daß uns der Herr Manteuffel das organisiert hat.

Interviewerin: Ist Herr Manteuffel denn zu sprechen?

Pagendorf: Der ist ja nicht mehr im Werk, aber das läßt sich machen. Das ist kein Problem, das Sie den sprechen.

Interviewerin: Das heißt, Sie wußten vorher, daß das eine Fotografin des Münchner MW-Werkes ist?

Pagendorf: Nein, das wußten wir vorher nicht.

Sprecherin: Der erwähnte Herbert Manteuffel wollte sich für ein Interview nicht zur Verfügung stellen. Auf telefonische Anfragen erklärte er auf die Frage, wo denn die Flugblätter gedruckt worden seien, kurz und bündig: „Das geht doch keinen Menschen was an, das ist mein Geheimnis." Den Werksleiter Hans Glas wollte „Gulliver" befragen, ob es zuträfe, daß es für den Fall der Wiederwahl Vollmer und Knirsch mit der Streichung von Sozialleistungen und Bonus gedroht habe und ob die Information stimme, daß die Flugblätter der „Mannschaft der Vernunft" von der PR-Abteilung entworfen, gedruckt und finanziert worden waren. Doch Herr Glas wollte uns gegenüber bis zum Sendetermin keine Stellungnahme abgeben. (...)

Interviewerin: Herr Pagendorf, Sie sind hier neuer Betriebsrat bei BMW, ich habe ihre Flugblätter durchgelesen. Ich vermisse bisher eine Stellungnahme zur 35-Stunden-Woche. Wie ist da die Position des neuen BR?

Pagendorf: Wir haben häufig dazu Stellung genommen. Nicht in den Flugblättern. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, von Herzen her, es wäre dumm, wenn ich als Arbeitnehmer nein sagen würde, ich möchte die 35-Stunden-Woche haben. Die Frage war uns immer: wirtschaftlich, ist es für uns machbar? Ist es jetzt machbar? Wir können jetzt natürlich, die Situation hat sich ja geändert, jetzt ist es ja soweit mit der Urabstimmung, und da stimmen wir ja schon aus Solidaritätsgründen, stimmen wir dafür. Überzeugt, um ehrlich zu sein, bin ich davon nicht. Aber jetzt, wie gesagt, müssen wir ja.

Interviewerin: Der Vertrauenskörper hatte ja vorher, der alte Betriebsrat hatte ja vorher Warnstreiks beschlossen, wird das jetzt weiter gehandhabt? Wie sehen Sie das?

Pagendorf: Ich weiß gar nicht, was der alte Vertrauenskörper beschlossen hat. Das ist eine Sache des Vertrauenskörpers, da könne wir keine Stellung zu nehmen als Betriebsräte.

Interviewerin: Da ging's auch um die 35-Stunden-Woche im Rahmen der IG Metall. Gibt's da Überlegungen?

Pagendorf: Ich weiß nicht, ich habe darüber mit den Leuten vom Vertrauenskörper nicht gesprochen.

Interviewerin: Ja und, eigene Überlegungen von Ihnen aus?

Pagendorf: Also seien Sie mir nicht böse. Ich bin Betriebsrat und als BR müssen wir die Friedenspflicht wahren. Tut mir leid. (...)

Sprecherin: Dem neuen Betriebsrat bereitet die Kündigung Ihrer Kollegen auch nachträglich keine Kopfschmerzen.

Hans Pagendorf: Wir haben den Kündigungsantrag hier reingekriegt, wir haben daraufhin 'ne Betriebsratssitzung abgehalten, haben die Gründe, die da dargestellt wurden, geprüft ... und wir haben geheim abgestimmt ... zu dem Schluß gekommen, daß der Betriebsfrieden gestört war, daß man tatsächlich da 'nen Grund, 'nen Anlaß gegeben hat, und dem hat man irgendwie zugestimmt.

Interviewerin: Haben Sie sich denn vorher mit der Gewerkschaft abgesprochen?

Pagendorf: Nein.

Interviewerin: Wie verhält sich denn die Gewerkschaft? Meines Wissens ist das ja auf der Funktionärsversammlung der IG Metall kritisiert worden.

Pagendorf: Na ja, sicher. Da ist das auch ein bißchen einseitig dargestellt worden. Wir hätten versuchen sollen oder können, da ... nun ist es natürlich so, daß wir rhetorisch — lassen Sie mich das mal vorsichtig sagen — nicht so gut sind wie unsere Kontrahenten. Aus dem Grund haben wir ... also, wir legen mehr Wert auf Einzelgespräche, da wir uns da so nicht verkaufen können, auf der Bühne da.

Sprecherin: Auch IG-Metaller aus anderen Betrieben haben gegen die Kündigungen und gegen die Zustimmung durch den neuen Betriebsrat protestiert. Es hat sich inzwischen sogar ein Solidaritätskomitee gebildet. Hans Hermann Hertle von der Unterstützergruppe:

Hans Hermann Hertle: Ja, es gibt einen ganzen Schwall von Solidarität. Es gibt Protestbriefe an den neugewählten Betriebsrat und auch an die Werksleitung, es gibt Solidaritätsschreiben, die ah die Ortsverwaltung der IG Metall gerichtet sind und in denen diese aufgefordert wurde, den Betroffenen wenigstens Kündigungsschutz zu gewähren. Es gibt eine ganze Reihe von Stellungnahmen auch von Bereichen außerhalb der IG Metall, etwa aus der GEW und der ÖTV. Die Kollegen sind durch ihr Auftreten im Rahmen der 35-Stunden-Kampagne weiten Kreisen, aktiven Gewerkschafterkreisen in Berlin bekannt geworden. Es gibt z.B. auch Geldspenden, etwa ein BMW-Kollege hat alleine 200 Mark gespendet. Und es gab nicht zuletzt die Funktionärsversammlung der IG Metall, auf der der Beifall der anwesenden Funktionäre für eine Resolution zugunsten der Kollegen verlesen wurde, zeigte, daß bei vielen Betriebsräten, Betriebsratsvorsitzenden, bei der überwiegenden Mehrheit mit dem Entlassenen vorhanden ist und zum Ausdruck gebracht wurde.

Bleibt noch anzumerken, daß die Vertreterversammlung der IG Metall in Westberlin am 24.5.84 folgenden Initiativantrag verabschiedete: „Die Vertreterversammlung verurteilt die fristlose Entlassung der Kollegen Knirsch, Köbrich und Vollmer durch die Werksleitung BMW und begrüßt die von der Ortsverwaltung beschlossenen Maßnahmen zur Unterstützung der entlassenen Kollegen." (Erläuterung: Die Ortsverwaltung unterstützt die Wahlanfechtung nicht, gewährt den drei Kollegen wegen der Kündigung aber Rechtsschutz).

Mannesmann / Duisburg: Wahlanfechtung gewonnen

Betriebsratswahl wird wiederholt

Ein Sieg für die Kollegengruppe „Konsequente Gewerkschafter" bei Mannesmann in Duisburg. Am 30.5.1984 erklärte das Arbeitsgericht Duisburg die Betriebswahl für ungültig und gab damit den Kollegen Herbert Brügger, Friedhelm Ossig, Klaus Paukstat, Klaus Richter und Bruno Urbansky, die stellvertretend für alle „Konsequenten Gewerkschafter" die Wahl angefochten haben, Recht. Die Betriebsratswahl muß wiederholt werden, da sie nicht dem Gesetz entsprechend und korrekt durchgeführt worden ist.

Der „Rote Morgen" berichtete bereits in mehreren Ausgaben über die Auseinandersetzung bei Mannesmann. Die Persönlichkeitswahl im Arbeiterbereich hatte nur die Kandidaten des sogenannten Stommel-Kasibers (benannt nach dem Betriebsratsvorsitzenden) in den Betriebsrat gebracht. Von dem Blockvorschlag „Konsequente Gewerkschafter", der einen offensiven Wahlkampf gegen die Stommel-Gruppierung geführt hatte, kam kein Kollege in den Betriebsrat.

Von Anfang an bestand der begründete Verdacht, daß dieses Ergebnis nur auf dem Wege der Wahlmanipulation zustande gekommen ist. Dafür sprachen zahlreiche Ungereimtheiten bei der Wahl selbst, wie auch die Stimmung im Betrieb. Denn auf der Hütte war in den letzten 11/2 Jahren eine breite Stimmung gegen Stommel und seine Leute und dafür, neue Leute (Nicht-Stommel-Leute) in den Betriebsrat zu schicken, entstanden.

Das Arbeitsgericht Duisburg prüfte von den zahlreichen Punkten der Anfechtungsschrift nur zwei, die jedoch bereits ausreichten, um die Wahl für ungültig zu erklären. Der Hauptpunkt in der Anfechtungsschrift der „Konsequenten Gewerkschafter" und auch in der Entscheidung des Arbeitsgerichtes, war die Ausdehnung der Briefwahl, die einen fälschungsempfindlichen Teil der Betriebsratswahlen ausmacht. Das Arbeitsgericht erklärte die Ausweitung der Briefwahl auf die Betriebsbereiche Kokerei, Verkehrsbetriebe, Hüttenschenke und Casino für ungesetzlich. Ferner wurde diese Ausweitung nicht bekanntgemacht, so daß keine Chancengleichheit für die Kandidaten, die nicht mit Stommel kandidierten, bestand. Im zweiten Punkt der Urteilsbegründung stellt das Arbeitsgericht fest, daß die Listen im Arbeiter- und Angestelltenbereich nicht korrekt, den Vorschriften der Wahlordnung entsprechend aufgestellt wurden.

Der Betriebsrat, dessen Vorsitzender Stommel noch vor dem Arbeitsgerichtstermin in der bürgerlichen Presse groß getönt hatte, daß die Wahlanfechtung keine Chance hat, ist inzwischen zurückgetreten, so daß es bei Mannesmann in Duisburg neue Betriebsratswahlen geben wird. Hoffentlich ohne Wahlmanipulation, hoffentlich mit einem Ergebnis, das der Stimmung auf der Hütte entspricht, daß heißt mit „Konsequenten Gewerkschaftern" im Betriebsrat.

Der Erfolg, den jetzt die „Konsequenten Gewerkschafter" vor dem Arbeitsgericht errungen konnten, mußte auch gegen massive Stimmungsmache und Druck im Betrieb erstritten werden. Monatelang waren die Stommel-Betriebsräte durch die Betriebe gelaufen und haben dort, auf Vertrauensleuteversammlungen und Belegschaftsversammlungen versucht, die „Konsequenten Gewerkschafter" mit Hilfe von Verdrehungen, seltsamen Geschichten und Unterstellungen in die Ecke von Spinnern, Unruhestiftern, Antidemokraten oder Antigewerkschaftern und Chaoten zu stellen. „Jetzt fragen wir aber:", heißt es in einem Flugblatt der „Konsequenten Gewerkschafter", „Auf wen passen die Worte von Antidemokraten oder Antigewerkschafter denn eher? Auf den, der sein demokratisches Recht nutzt und gerichtlich überprüfen läßt, ob die Wahl tatsächlich korrekt abgelaufen ist, oder auf den, der meint, er könne die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes auslegen, wie er will, der eine unkorrekte Wahl durchführt und damit den Willen der Belegschaft gering achtet und verfälscht."

Sabotagepolitik rechter Betriebsratsspitzen kritisiert

„Auch eine andere Streiktaktik hätte nichts verändert"

Bericht von der Funktionärskonferenz der IGM in Stuttgart — 4. Juni 84

Am Vortag der neuerlichen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und der IGM fand in Stuttgart eine kurzfristig einberufene Funktionärskonferenz statt. Eingeladen waren sämtliche Funktionäre, anwesend einige hundert Kollegen.

Einziger Punkt der Tagesordnung: der aktuelle Stand der Tarifauseinandersetzung. Referat des 1. Bevollmächtigten Klaus Zwickel und Aussprache.

Kurzes Fazit vorweg: die Streikfront steht, ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen, auf eine weitergehende Offensive wird momentan verzichtet.

Nun im einzelnen:

Klaus Zwickel hob in seinem Eingangsreferat zwei Dinge hervor, die seit der letzten Konferenz am 17.5.84 besonders wichtig seien: Zum einen haben die Unternehmer die Waffe Aussperrung massiv eingesetzt, und wir müssen das in den Mittelpunkt stellen. Dies ist der Gewerkschaft aber nur unbefriedigend gelungen. Für die meisten Kollegen gilt nach wie vor: streiken ja — aber aktiv kämpfen nur in begrenztem Umfang.

Die Mobilisierung zur zentralen Demonstration nach Bonn war katastrophal. Von 20000 vorgesehenen Teilnehmern sind aus Stuttgart letztlich nur 8800 nach Bonn gefahren. Dies wirft für die Zukunft der IGM einige sehr wichtige Fragen auf.

Zum anderen der Beschluß der Bundesanstalt für Arbeit, kein Kurzarbeitergeld für kalt Ausgesperrte zu zahlen. Dies steht im Zusammenhang mit einer beispiellosen Mobilisierung der veröffentlichten Meinung, einer Politisierung des Streiks, die die IG Metall so nicht gewollt hat. Dazu gehören die Strauß-Äußerungen von der „Taktik der verbrannten Erde" wie die Auslassungen des FDP-Parteitags „nun auch endlich in den Gewerkschaften Demokratie einzuführen".

Zum Stand der Verhandlungen:

Das jüngste Angebot der Unternehmer ist für die IG Metall unannehmbar. Dennoch: es ist raffiniert und öffentlichkeitswirksam gemacht und stellt uns vor die Aufgabe, konkrete Schritte zu entwickeln.

Im einzelnen: Die Arbeitgeber wollen den Lohnrahmen II, der vor nahezu 10 Jahren im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden erstreikt wurde und im Kern 40minütige kollektive Pausen pro Schicht festlegt, niedermachen. Ihr Angebot zur stufenweisen Einführung der 38-Stunden-Woche für Schichtarbeiter war gekoppelt an die Bedingung, daß die bisherigen Erholungspausen „überfahren" werden können.

Der IG—Metall-Vorstand stand laut Zwickel vor drei Alternativen:

- erneut weiter zu verhandeln;
- zentrale Verhandlungen einzuleiten;
- in die politische Schlichtung zu gehen.

Klar sein muß aber folgendes: Wenn wir jetzt vom Verhandlungstisch aufstehen ohne eine Lösung, dann wird ein anderer Weg eingeschlagen, dann gibt es kein zurück zu regionalen Verhandlungen. (Das bedeutet zentrale Verhandlungen oder politische Schlichtung).

Zwickel zur Taktik: Der Streik werde sicher noch länger dauern. Aber wir müssen auch sehen, daß wir in gewisse Zeitnot kommen. Nicht für die beiden Tarifgebiete, die im Streik sind, sondern für die anderen, die von der kalten Aussperrung betroffen sind.

Dennoch muß eines festgestellt werden: Welche Taktik auch gewählt worden wäre — das Ergebnis wäre unter dem Strich immer das gleiche geblieben. Das liegt an der Aussperrungsstrategie der Unternehmer. Und deswegen müßte das auch in den Mittelpunkt gestellt werden.

In der folgenden Aussprache kamen 15 Kollegen zu Wort. Dabei wurden angesprochen:

- die fehlende Einbeziehung der Angestellten erlaubt es den Unternehmern nun, Angestellte als Streikbrecher einzusetzen (Mahle);
- die Lehrlinge werden von der offiziellen Propaganda wie den Streikposten links liegen gelassen. Forderung nach Einbeziehung der Lehrlinge in die Streikleitung und Solidaritätsstreiks;
- bei Bosch/Feuerbach wird ausgesperrt, doch das Bosch-Werk, das Rationalisierungsprogramme für die Industrie erarbeitet, läuft weiter. Forderung: Einbeziehung in den Streik;
- bei Daimler/Untertürkheim kommt es durch die Aussperrung zu massenhaften Notdienst„arbeiten". Forderung: Ausrufen des Streiks, Notdienstausweise einziehen.

Zu einer grundsätzlichen Diskussion über das weitere Vorgehen kam es — auch aufgrund der Kürze der Zeit — nicht. So forderte nur ein Redner ausdrücklich die generelle Ausweitung des Streiks und die Urabstimmung in anderen Tarifgebieten. Dagegen stand der Diskussionsbeitrag eines Kollegen, der meinte, „Streik ausweiten" sei als Losung ungenügend, man müsse auch die Solidaritätsaktionen aller Betroffenen und insbesondere aller DGB-Gewerkschaften jetzt vorantreiben.

Wenn man hier eine Einschätzung vornehmen will, muß man auch die Situation in unserem Tarifbezirk kennen: so war es die Bezirksleitung, so war es die Ortsverwaltung, die in der bisherigen Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche stets eine positive Rolle gespielt haben — gegen die Bremser aus den Betriebsräten der großen Betriebe, vor allen Dingen Daimler, Bosch und Porsche. Insofern sprach Klaus Zwickel den Anwesenden aus dem Herzen, als er eine aktive Streikbeteiligung forderte. Die Sabotagetätigkeit gerade der Porsche- und Bosch-Betriebsratsspitze ist schon unerhört und hätte eine schärfere Auseinandersetzung verdient gehabt.

Hierzu noch einige Beispiele zur Verdeutlichung:

- der Porsche-Betriebsrat hat noch am Samstag vor der Aussperrung Sonderschichten zugestimmt;
- der Porsche-Betriebsrat weigert sich, die IGM-Streiknachrichten für die Angestellten zu verteilen;
- der Porsche-Betriebsrat ruft zu Beginn der Aussperrung zu keiner Kundgebung auf, sondern bestellt die Kollegen für die Tage darauf in ein entfernt gelegenes Streiklokal;
- der Bosch-Betriebsrat beschließt als echter Sozialpartner vor der „regulären" Aussperrung Kurzarbeit — natürlich ohne Kurzarbeitergeld;
- die Bosch-Belegschaft beteiligt sich nicht an den DGB-Solidaritätskundgebungen, sondern ruft zu einer eigenen Versammlung auf. Teilnehmer 100, gemeldet 2000.

Das sind nur einige der Hintergründe dieser Diskussion. Und es ist sehr richtig, einen aktiven und kämpferischen Streik zu fordern. Ob das allerdings mit den Beschlüssen der Ortsverwaltung hinzukriegen ist, die im wesentlichen wieder den einzelnen Betrieben, Aktionen, Aktionsformen und Mobilisierung überlassen, darf bezweifelt werden. Besser wäre es auf jeden Fall, klare Beschlüsse zu fassen und vor allen Dingen mehr und kampfbereite Belegschaften in die Front einzubeziehen.

In seinem Schlußwort widersprach Klaus Zwickel zuerst dem Vorwurf, die IGM-Verhandlungskommission hätte schon Positionen aufgegeben. Er betonte die Notwendigkeit, jetzt auch konkrete Schritte zur Einführung der 35-Stunden-Woche anzugeben. Aber nachgeben hätte doch geheißen, sich auf das Arbeitgeber-Angebot einzulassen, also der Arbeitszeitverkürzung für 14 Prozent der Belegschaften eine Forderung entgegenzusetzen, eben noch etwas mehr Arbeit davon profitieren zu lassen. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Zwickel: Wir bleiben bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für alle.

Die Ausweitung des Streiks ist im Vorstand beraten und vorerst verworfen worden. In der Diskussion ist gewesen: der Streik bei besonders empfindlichen Bereichen (Nachrichtentechnik, Datenverarbeitung). Insgesamt komme es weiter darauf an, gegen die Aussperrung zu kämpfen. Hätten wir hier nur einige Tage durchgehalten, in den ausgesperrten Betrieben jeden Morgen unsere Arbeitskraft anzubieten, im Betrieb zu bleiben, dann hätte das die Unternehmer ganz empfindlich getroffen.

Streiktaktik egal?

Das ist doch die Frage, die man sich angesichts der berichteten Ausführungen des Stuttgarter IGM-Bevollmächtigten Zwickel stellen muß. Seine Argumentation selbst schon könnte diese Behauptung widerlegen.

Er sagt: Wir kommen in Schwierigkeiten. Wegen der kalten Aussperrung vor allem. Und zwar in den Tarifbezirken, die nicht im Streik sind. In den streikenden Bezirken stehe die Front. Das letztere einmal so dahingestellt, läßt sich doch eigentlich aus dieser Tatsachenfeststellung zusammenfassen: Wo gestreikt wird, bringt uns die kalte Aussperrung nicht in Zeitnot. In der Tat, das meinen auch wir und mit uns viele aktive, kämpferische Gewerkschafter.

Zwickel aber zieht genau die entgegengesetzte Schlußfolgerung. Welche Streiktaktik aber auch gewählt worden wäre — unter dem Strich wäre das Ergebnis dasselbe geblieben, meinte er. Egal also, welche Streiktaktik angewandt wird, die Aussperrung bringt die Gewerkschaft immer in Schwierigkeiten, in Zeitnot.

Das riecht schon verdammt nach einer Schutzbehauptung — unbewiesen ist sie ohnehin. Die einfache Logik spricht dagegen. Ganz platt gesagt: Je mehr streiken, desto weniger können ausgesperrt werden. Desto weniger kann sich die kalte Aussperrung auswirken. Und wie gesagt, eigentlich ist es ja auch das, was er selbst vorher auch sagt.

Aber er muß ja dazu Stellung nehmen, daß der IGM-Vorstand sich erneut geweigert hat, die Streikfront auszudehnen. Deshalb war er in seiner Rede auf der Stuttgarter Funktionärskonferenz der IG Metall offensichtlich zu solch einem rednerischen Purzelbaum gezwungen.

Ein Purzelbaum, dessen inhaltliches Ereignis man rundweg ablehnen muß. Die Streiktaktik ist eben nicht egal. „Minimax" jedenfalls hat sich als genau das erwiesen, was schon zu Beginn von verschiedenen oppositionellen Kräften in der Gewerkschaft gesagt worden war: Eine Taktik, bestenfalls zum „Einstieg" in einen Streikkampf geeignet, keinesfalls aber als Taktik in einem Durchsetzungsstreik. Ließe man sich gar auf Zwickels Äußerungen ein und zöge daraus Schlußfolgerungen, könnte man ja eigentlich nur dahin kommen, daß es sowieso nicht lohnt zu streiken, wegen der Aussperrung, die demgemäß angeblich jeden Streik in Zeitnot bringt.

LAG Hessen beschließt:

Unternehmerrecht bricht Landesverfassung

Die hessische Landesverfassung erklärt die Aussperrung für rechtswidrig. Trotzdem sind in Hessen 30000 Metaller ausgesperrt. Am 30. Mai erreichte die IG Metall vor dem Frankfurter Arbeitsgericht eine einstweilige Anordnung, die die hessischen Metallunternehmer zur Aufhebung des Aussperrungsbeschlusses verpflichtete. Dagegen legte der Unternehmerverband Berufung ein, und das hessische Landesarbeitsgericht gab ihm einstweilen Recht: die Anordnung des Frankfurter Arbeitsgerichts zur Aufhebung der Aussperrung wurde kassiert. Landesverfassung hin, Landesverfassung her — der Aussperrterror der Unternehmer kann weitergehen.

In der nächsten Woche wird die Hauptverhandlung stattfinden. Der jetzige Beschluß des Landesarbeitsgerichts bedeutet nur, daß die Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer bis zur Entscheidung in der Hauptverhandlung nicht aufgehoben werden müssen. Immerhin steht schon jetzt fest, daß bis zur Entscheidung in der Hauptverhandlung die hessischen Metallunternehmer bereits zwei Wochen in offenem Bruch der hessischen Landesverfassung aussperren durften.

Um welche Fragen wird es in der Hauptverhandlung gehen? Die Argumentation der IG Metall ist eindeutig und leicht verständlich: sie beruft sich darauf, daß die Aussperrung nach der hessischen Landesverfassung offenkundig rechtswidrig ist, daß Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer in Hessen deshalb illegal sind.

Die Unternehmer argumentieren dagegen mit dem Rechtsgrundsatz, daß Landesrecht durch Bundesrecht gebrochen wird. Dieser Grundsatz ist in der bürgerlichen Rechtsprechung unbestritten. Die Frage ist, was ist hier eigentlich Bundesrecht? Das Grundgesetz, also die Verfassung der Bundesrepublik, enthält keinen Passus, der positiv die Rechtmäßigkeit der Aussperrung feststellt. Insofern widerspricht das Aussperrungsverbot der hessischen Landesverfassung nicht dem Grundgesetz. Es gibt überhaupt kein Bundesgesetz, das die Rechtmäßigkeit der Aussperrung feststellt, weil es eben überhaupt kein Bundesgesetz gibt, das sich mit dem Arbeitskampf beschäftigt. Das Arbeitskampfrecht bei uns besteht nur aus arbeitsgerichtlichen Entscheidungen.

Eben darauf beruft sich nun im hessischen Verfassungsstreit die Unternehmerseite. Das Bundesarbeitsgericht hat nämlich etwa in seinem Aussperrungsurteil 1980 (siehe RM Nr. 21/1984 S. 5) die Rechtmäßigkeit der Aussperrung unter bestimmten Bedingungen festgestellt.

Nur: ist der Grundsatz Bundesrecht bricht Landesrecht" so auszulegen, daß jede Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts des Bundesverwaltungsgerichts, des Bundessozialgerichts usw. Teile der Landesverfassungen außer Kraft setzt? Wenn das so wäre, wäre die Landesverfassungen endgültig Makulatur.

Die gewählten Landtage können die jeweilige Landesverfassung nur mit einer Zweidrittelmehrheit ändern, eingesetzte Bundesrichter aber mit einem Urteil?

Es steht zu befürchten, daß der jetzige Beschluß des hessischen Landesarbeitsgerichts schon eine Vorentscheidung für die Hauptverhandlung bedeutet. Die Unternehmer fassen es jedenfalls so auf: gleich im Anschluß an den Spruch des LAG haben sie ihre Aussperrungsmaßnahmen ausgedehnt.

Kampfziele

Der Unternehmer spricht:	Der Arbeiter spricht:
„Am liebsten: Vorstandsruhegeld und Verkürzung der Lebenszeit!"	*„35-Stunden-Woche für uns — Vorruhestand für Kohl!"*

„... jeden Augenblick ein Messer im Rücken"

... wie ein türkischer Kollege um seinen Arbeitsplatz gebracht werden sollte

Der folgende Artikel erschien als Extrablatt des „Angriff", Betriebszeitung der KPD bei Klöckner in Bremen. Er sollte für Solidarität für den Arbeitsgerichtsprozeß des türkischen Kollegen am 29.5.84 vor dem Landesarbeitsgericht werben. Bei diesem Prozeß bot Klöckner einen Vergleich an: 7000 Mark für das 3/4 Jahr, in dem der türkische Kollege beschäftigungslos war. Der Kollege nahm den Vergleich an. Der „Angriff" schrieb:

Nachtschicht, kurz vor Weihnachten 1982. Zwischen einem türkischen Wasserschlosser und seinem Vorarbeiter flogen heftige Worte und ... der Helm des Vorarbeiters flog angeblich zu Boden.

Deswegen entließ Klöckner den Wasserschlosser fristlos, bevor der vom Arbeitsgericht erreichte dieser seine Wiedereinstellung. Am kommenden Dienstag steht er erneut vor Gericht. Denn Klöckner hat gegen das 1. Urteil Beschwerde beim Landesarbeitsgericht eingelegt, obwohl:

- **der Betriebsrat der Kündigung widersprochen hat;**
- **5 Kollegen, darunter 4 Deutsche aussagten, daß es keine Tätlichkeiten gab.**

Ein sehr schwieriger Fall. Daß Personalchef Hopp und seine Mannen so geil da hinter her sind, beweist nur eins: sie wollen uns auf Knien sehen. Wer nicht demütig vor seinem Vorgesetzten kuscht, bekommt Schwierigkeiten oder fliegt raus und wird noch jahrelang in Unsicherheit und Sorge gehalten, wenn er vor Gericht sein Recht holen will.

In einem Brief an das Gericht legt der Klöckner-Anwalt dem angeblich geschlagenen Vorarbeiter folgende Aussage in den Mund: Der Türke wäre schneeweiß vor Wut gewesen, hätte getobt, Handschuhe und Werkzeug in die Gegend gefeuert, in kaum verständlichem Kauderwelsch herumgeschrien und der Vorarbeiter habe Angst gehabt, „jeden Augenblick ein Messer in den Rücken zu kriegen". Weiter heißt es: „Aufgrund seines großen Pflichtgefühls führte der Vorarbeiter seine Arbeit zu Ende ..."

Also: Unbeherrschter türkischer Messerstecher gegen pflichtbewußten deutschen Vorgesetzten. Wer die beiden Leute kennt, kann da nur lachen. Über den Vorarbeiter wollen wir hier weiter nichts sagen. Der Wasserschlosser, seit über 10 Jahren auf Schicht am Hochofen, ist auch Vertrauensmann. Für ihn haben die Kollegen nach der Entlassung Geld gesammelt. Auch die Vertrauensleute wollten spenden, doch der Kollege nahm kein Geld an.

Bericht vom 2. Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Organisationen und Initiativen

Ca. 50 Antifaschisten nahmen am 2. Treffen antifaschistischer Initiative und Organisationen am 31.5.84 in Wattenscheid teil. Nachdem beim ersten Treffen der Schwerpunkt auf dem Erfahrungsaustausch der verschiedenen Gruppen lag, wurde beim zweiten Treffen mehr über Inhalte und gemeinsame Möglichkeiten antifaschistischer Arbeit diskutiert.

Europawahlkampf der NPD

Am Anfang des Treffens wurde ein Referat über den Europawahlkampf der NPD gehalten. Das Wahlprogramm der NPD zur Europawahl zeigt die inzwischen beherrschende Stellung der „nationalrevolutionären" Strömung in der NPD. Die NPD begründet ihren Revanchismus nicht mehr nur mit blindem Antisowjetismus, mit der Notwendigkeit der „Befreiung unserer Brüder und Schwestern im Osten unserer Heimat", sondern auch mit der Bedrohung Deutschlands durch die Kriegsvorbereitunten von USA und UdSSR. Sie fordert ein starkes wiedervereinigtes Deutschland, das dann in Europa die Führungsrolle übernehmen soll.

Den zweiten Schwerpunkt legt die NPD auf die Wirtschaftspolitik unter dem Motto: „EG plündert Deutschland aus." Tatsächlich versucht die NPD sich hier neben der CDU zu profilieren, man erkennt deutliche Unterschiede in der Europapolitik. Gemischt ist das Ganze dann natürlich noch mit der üblichen Ausländerhetze, hier insbesondere gegen EG-Freizügigkeitspläne: „Heute warten Millionen Türken auf den Tag, an dem das sogenannte Assoziierungsabkommen in Kraft tritt, welches ihnen das Recht gibt, sich in der Bundesrepublik Deutschland niederzulassen." (NPD-Wahlprogramm für die Europawahl). Insgesamt gesehen versucht die NPD über die Kampagne „Ein Herz für Deutschland" mit entsprechenden Aufklebern, Plakaten und T-Shirts ein zweites massenwirksames Standbein neben ihrer Ausländerstopp-Kampagne aufzubauen und auch bei Wahlen wieder stimmenmäßig zuzulegen (1983 bei der Bundestagswahl erstmals wieder ein Plus von ca. 20000 Stimmen).

Daß die in letzter Zeit oft wiederholte Behauptung der NPD, sie sei demokratischer und moderner geworden, nicht stimmt, sondern daß sie die alte neofaschistische Schlägerpartei geblieben ist, zeigte die Diskussion über den NPD-Parteitag im oberbergischen Wiehl (der RM berichtete). Es wurde über das Auftreten neofaschistischer Skinheads diskutiert. Eingeladene nicht-faschistische Skinheads, die einen guten Einblick in das Entstehen und Selbstverständnis der Skinhead-Bewegung hätten geben können, kamen leider nicht. Einig war man sich in der Verurteilung des Verhaltens der Polizei und mehrfach stellten Diskussionsredner fest: Man darf sich nicht auf die Polizei verlassen. Sie ist kein Bündnispartner im antifaschistischen Kampf. Den Schutz vor faschistischen Schlägertrupps muß man selbst organisieren. Gleichzeitig muß Druck auf die Polizei ausgeübt werden (Öffentlichkeitsarbeit, Anzeigen, Dienstaufsichtsbeschwerden).

Konkrete Zusammenarbeit auch bei der Kommunalwahl

Die Teilnehmer des Ruhrgebiets-Treffens diskutierten am Nachmittag über Möglichkeiten gemeinsamen antifaschistischen Kampfes im Ruhrgebiet. Hierzu wurde festgestellt, daß die Basis für eine gemeinsame Arbeit an den Orten liegt. Einmütig war der Aufruf, sich an den Orten für eine verbesserte Zusammenarbeit der antifaschistischen Gruppen, Organisationen und Parteien — auch im Wahlkampf — einzusetzten. Beispielhaft hierfür ist der in Dortmund diskutierte Vorschlag eines gemeinsamen Wahlplakates, der bei der Kommunalwahl kandidierenden Parteien Grüne, DKP und KPD zum Thema „Kommunales Wahlrecht für Ausländer". Ein anderes Beispiel für eine gewachsene Zusammenarbeit verschiedener politischer Kräfte in der „Wattenscheider Initiative Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg".

Konkret beschlossen wurden verschiedene Dinge: Es wird eine Telefonkette unter den Antifaschisten im Ruhrgebiet hergestellt. In Gelsenkirchen wird ein Postfach eingerichtet, an das jeweils Berichte — auch in der Kurzform einer vorgedruckten Postkarte — über faschistische Aktivitäten und antifaschistische Aktionen geschickt werden sollen, um so den Informationsfluß innerhalb der antifaschistischen Bewegung zu verbessern. Auf Vorschlag der Volksfront wird es ein gemeinsames Plakat aller antifaschistischen Gruppen zu den Kommunalwahlen geben, das sich gegen die Ausländerhetze der Faschisten richtet. (Wer Interesse daran hat: Entwurf und Bestellschein werden Mitte August verschickt. Kontakt: Wattenscheider Initiative, Adresse: G. Gleising, Im Vogelspoth 59, 4630 Bochum 6).

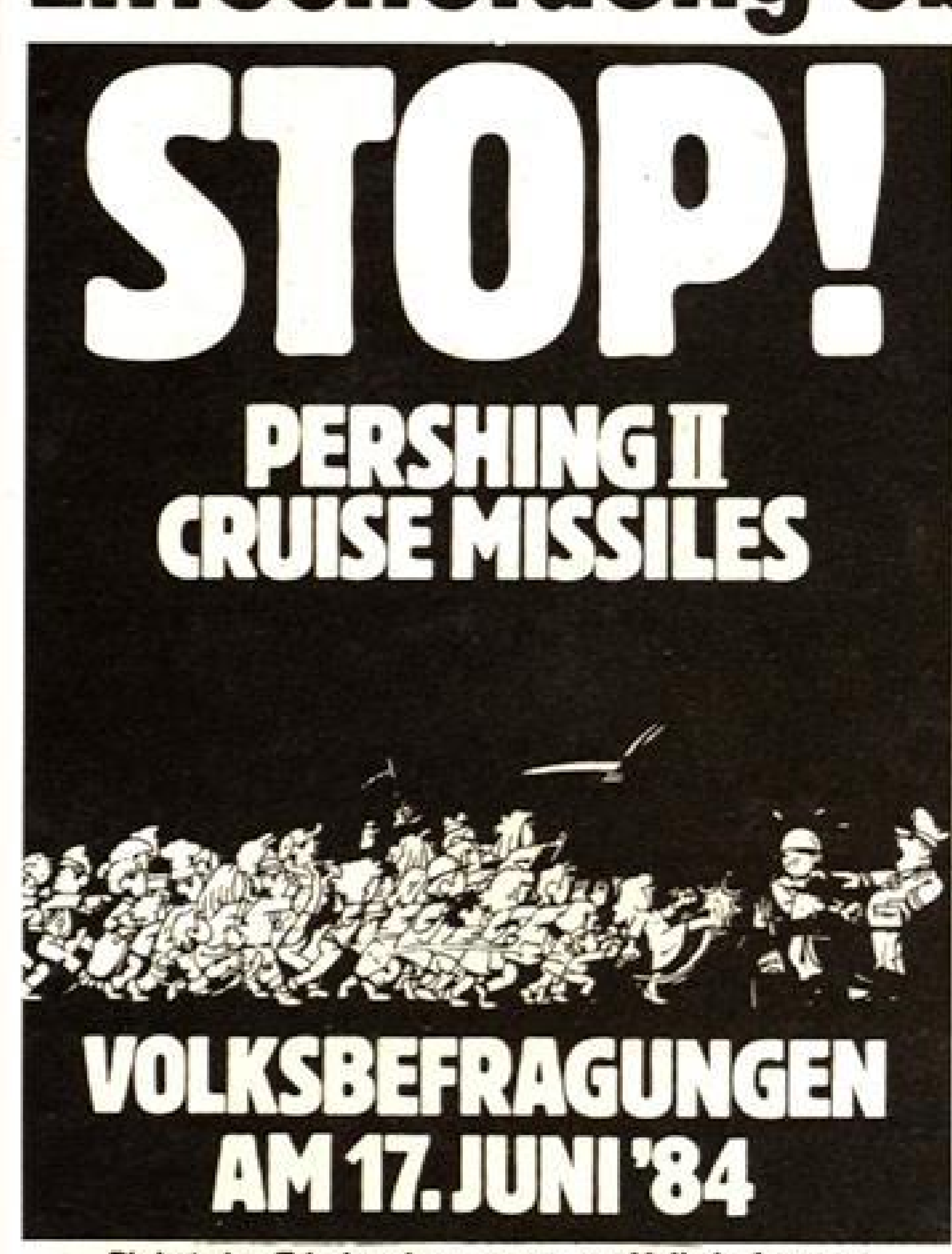
Außerdem wurde eine Solidaritätsadresse an IG Druck und IG Metall gegen die Aussperrung und für die 35-Stunden-Woche verabschiedet.

Funktion des Neofaschismus

Letzter Tagesordnungspunkt war die Diskussion über einen Aufrufentwurf, der vorgelegt worden war. Hier gab es kontroverse Auffassungen über Nutzen und Ziel eines solchen Aufrufs. Inhaltlich wurde viel Kritik laut, insbesondere daran, daß er nach Meinung vieler Teilnehmer nur die Frage der Neonazis stellte, aber keine Verbindung mit der regierungsoffiziellen Politik herstellte. Genauer gesagt, weder Funktion des Neofaschismus noch seine Unterstützung durch Staatsapparat und Wenderegierung (letztes Beispiel: Kühnen Ausreise, Monitor-Bericht) aufzeigte. Weitere Diskussionsbeiträge drehten sich um die Frage der Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen. Hier ist in der antifaschistischen Bewegung eine gewisse Verwirrung entstanden. Es wird darauf ankommen, diese Forderung noch einmal gründlich zu begründen und allen „liberalen" und „linken" Auffassungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es ist jedoch auch nicht richtig, dieser Diskussion aus dem Wege zu gehen und sie einfach per Aufrufabstimmung zu erledigen. Der RM wird auf diese Diskussion noch eingehen. Die Diskussion um einen Ruhrgebietsaufruf wird auf dem nächsten Treffen weitergeführt.

NATO-Führung „besorgt" — Todenhöfer sieht Moskau am Werk

Niederlande verschieben Entscheidung über Stationierung



Plakat der Friedensbewegung zur Volksbefragung

Die niederländische Entscheidung, nicht wie im NATO-Fahrplan vorgesehen, 1986 mit der Stationierung von 48 Cruise Missiles zu beginnen, sondern den Stationierungsbeschluß und die evtl. Stationierung um ein bzw. zwei Jahre zu verschieben, ist vom Standpunkt der Friedensbewegung nichts als ein fauler Kompromiß. Denn mehr als Zeit ist vorerst nicht gewonnen.

Aber immerhin. Das niederländische Ausscheren aus dem NATO-Fahrplan über die Stationierung macht der NATO-Führung, die die lästige Debatte über die Stationierung neuer Atomraketen endlich vom Tisch haben wollte, einen Strich durch die Rechnung. So nimmt auch einem der Hauptargumente der Bonner Regierung, daß nämlich in der Stationierungsfrage Entscheidungen einzelner Regierungen gar nicht möglich seien, den Wind aus den Segeln. Denn was die kleinen Niederlande können, müßte ja wohl für die Bundesrepublik erst recht möglich sein.

Daß die Niederlande es „konnten", hatte seinen Hauptgrund darin, daß die Stationierungsgegner in den Niederlanden einen so starken Druck auf die Regierung ausübten, daß die niederländische Regierung sich offenbar vor innenpolitischen Problemen mehr fürchtete als vor außenpolitischen Problemen im Rahmen der NATO.

Und da haben die Vertreter der niederländischen Regierung mit Sicherheit noch einges andere zu hören bekommen, als die „Besorgnis", die aus NATO-Führerkreisen offiziell verlautbarte. Öffentlich zu Wort gemeldet hat sich bereits Jürgen Todenhöfer von der CDU: Die Entscheidung in Den Haag sei „auf massiven Druck Moskaus und er sogenannten Friedensbewegung" zurückzuführen. Ähnliche Stimmungsmache gegen die niederländische Regierung gab es schon einmal — allerdings nicht von sogenannten Christdemokraten ...



Ronald Reagan aus irischer Sicht — als Freiheitsstatue mit einer Kanonenkrone auf dem Kopf.

2. Treffen der Initiative „Kein Frieden mit der NATO — BRD raus aus der NATO"

Am 3.6. fand in Köln ein zweites Treffen der bundesweiten Anti-NATO-Initiativen statt.

Auf dem Treffen wurde eine Kritik an dem Aufruf des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung für die Herbstaktionen beschlossen. In diesem Aufruf heißt es lediglich, daß durch „die Annahme neuer offensiver Kriegsführungsstrategien für immer mehr Menschen die NATO als Verteidigungsbündnis in Frage gestellt wird". Der Aufruf geht damit noch eindeutig hinter die auf der Kölner Aktionskonferenz angenommene Kompromißformel („... entzieht der Mitgliedschaft der BRD in der NATO immer mehr die Geschäftsgrundlage") zurück. Für diese Kritik sollen Unterstützer in der Friedensbewegung geworben werden.

An weiteren Aktivitäten der Intiative wurde die Herausgabe eines Infos über die Europäisierung der NATO/Arbeitsteilung in der NATO/Golfkrieg und einer „Massenzeitung" beschlossen, die während der Herbstaktivitäten bundesweit verteilt werden soll. Unsere Partei hat zudem vorgeschlagen, am Tag des Menschennetzes in der Region Fulda eine größere Veranstaltung der Initiative in Fulda durchzuführen.

In der Friedensbewegung kann man inzwischen einiges Interesse an der Initiative feststellen. So fanden in einigen Städten Veranstaltungen statt, die immer dann gut besucht waren, (Münster 120, Dortmund 60 - 70), wenn die neuen Kriegsführungsstrategien der NATO (Air-Land-Battle etc.) behandelt wurden. Auf dem Treffen in Köln kam es nicht zu einer Verabschiedung einer Plattform für die Initiative, weil die meisten Anwesenden eine solche Plattform zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für notwendig hielten.

Meldungen

„Raus aus der NATO!"

Nicht nur einige Zehntausend, wie hier die Presse meldete, sondern ca. 250000 Menschen demonstrierten am Sonntag in Madrid für den Austritt Spaniens aus der NATO und für die Schließung der drei US-Stützpunkte in Spanien.

Der Protest richtete sich insbesondere gegen den Wortbruch von Regierungschef Soarez. Er hatte vor den letzten Wahlen versprochen, sich für den Austritt Spaniens aus der NATO einzusetzen und nicht zuletzt auch deshalb die Wahlen gewonnen. Als Regierungschef aber wollte er von einem solchen Schritt nichts mehr wissen und setzte auch eine entsprechende Kursänderung in seiner Partei durch.

Daß große Teile der Mitgliedschaft der Partei aber keineswegs bereit sind, den Kurschswenk ihrer Führung mitzumachen, zeigte sich bei der Massendemonstration in Madrid, an der auch sehr viele Mitglieder der Sozialistischen Partei teilnahmen.

Tödliche Militärshows

Fast genau ein Jahr, nachdem ein Starfighter beim Großflugtag in Ramstein die Familie des Pfarrers Martin Jürgens tötete, kam es jetzt in Großostheim bei Aschaffenburg erneut zu einem tödlichen Unfall. Ein britischer Kampfbomber stürzte ab, ein Zuschauer starb, andere wurden verletzt.

Vor dem NATO-Flughafen Ramstein, wo am letzten Wochenende erneut eine Militärflugshow angesagt war, demonstrierten in diesem Jahr Mitglieder eines „Freundeskreises Martin Jürgens" mit Bildern der Toten vom letzten Jahr und Schriftafeln, auf denen unter anderem stand: „Schaufliegen: Spiel mit dem Krieg". Proteste gab es auch von anderen Gruppen, unter anderem vom Nicaragua-Komitee. Ca. 300 Demonstranten veranstalteten gegen Mittag einen „friedlichen Proteststau" und blockierten kurzfristig den Haupteingang zum Militärshow-Gelände.

„Frankfurter Appell"

Am 2. und 3. Juni fand ein Treffen des Koordinationsausschusses „Frankfurter Appell" statt. Vorausgegangen waren verschiedene Regionalkonferenzen, die sich mit der Durchführung des für Oktober geplanten Marsches gegen die Verabschiedung der neuen Ausländergesetze, für Gleichberechtigung von Ausländern und Deutschen befaßten.

Auf dem Frankfurter Treffen wurde nach nochmaliger Diskussion aller vorhandenen Bedenken bezüglich der Realisierbarkeit eines solchen Marsches bekräftigt: der Marsch findet statt. Mit mindestens zwei Säulen, die von München bzw. Hamburg über Bonn nach Köln führen, wo am 13. Oktober die ganze Aktion mit einem Empfang der Züge, einem Tribunal (auf dem die Materialien der Orte, die den Marschierern mitgegeben wurden, ausgewertet werden) und einer großen Kulturveranstaltung abgeschlossen wird.

Ein gemeinsamer Aufruf zu dem Marsch, mit dem zentral und örtlich gearbeitet werden soll, wurde in den Grundzügen besprochen und wird nach redaktioneller Überarbeitung veröffentlicht. Der RM wird ihn in der nächsten oder übernächsten Ausgabe veröffentlichen. Wir werden dann auch einige Aspekte der jüngsten Entwicklung der Vorbereitungen und der Diskussionen in der Bewegung darstellen und kommentieren.

Wir erneuern an dieser Stelle unseren Aufruf an alle Leser des RM, speziell an alle Genossen der KPD und die zuständigen Leitungen: Meldet umgehend Teilnehmer für den Marsch im Zentralen Büro an!

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Korrespondenz aus Frankreich

Betriebsbesetzung bei Citroën

Ein Besuch in Levallois

Paris, 19. Mai

Während in Deutschland Streiks für die 35-Stunden-Woche stattfinden, wehren sich hier die Kollegen von Citroën gegen Massenentlassungen. Der Konzern PSA (Peugeot, Citroen, Talbot) hat 6000 Entlassungen bei Citroen angekündigt, knapp die Hälfte der Kollegen in den betreffenden Werken ist betroffen.

Daraufhin wurden die Werke in Aulny (nördöstlich von Paris), Nanterre und Levallois von den Kollegen besetzt — das war vor einer Woche. Seitdem finden Verhandlungen zwischen der Regierung, dem Konzern und den Gewerkschaften statt. Nach anfänglichen Sensationsmeldungen berichten die Zeitungen kaum noch über die Besetzungen.

Zusammen mit einer Bekannten beschließe ich, zu den Kollegen zu fahren, um zu sehen, wie die Situation wirklich ist. Nach unseren Erkundigungen ist es unmöglich, zu den Kollegen in Aulnay zu kommen, der Betrieb ist von der CGT vollkommen abgeriegelt, es ist unmöglich, mit den Kollegen zu sprechen. In Nanterre ist nur ein Ersatzteillager, das man schwer erreicht. Wir fahren deshalb nach Levallois, am Stadtrand von Paris.

Es ist Freitagnachmittag, kurz nach 17 Uhr. Das Werk ist ein schmutziger alter Block. Alle Fenster sind vergittert, eine kleine Fähnchen „CGT" stekken in den Gittern. Die schweren Eisentore sind geschlossen. Hinter den Türen erkennen wir Gabelstabler. Es scheint keine Möglichkeit zu geben, ins Werk hineinzukommen. Wir wollen unser Vorhaben fast aufgeben, als wir plötzlich vor einem Tor eine Gruppe von Kollegen sehen. Sie wollen uns nicht hineinlassen und holen einen Funktionär der CGT, der mit uns spricht.

„Seid ihr in der CGT? Habt ihr eure Mitgliedskarte?" — „Nein." — „Dann kommt ihr hier nicht herein."

Wir erklären ihm, daß wir aus Solidarität gekommen sind, um den Kampf der Kollegen zu unterstützen. Dafür bedankt er sich knapp und erklärt, daß der Kampf vorläufig weitergehe.

Am Donnerstag haben die Gerichte die Betriebsbesetzungen für illegal erklärt und die Räumung durch die Polizei beschlossen.

Wir fragen ihn, wie er die Fortsetzung des Kampfes unter dieser Drohung sieht. Er sagt, das sei eine politische Entscheidung — was sicher richtig ist —, aber die Regierung wolle das nicht, und sie würde einem Polizeieinsatz nicht zustimmen. Außerdem habe die Regierung die Entlassungen vorläufig abgelehnt. Letzteres ist falsch. Tatsächlich hat sie 4000 Entlassungen zugestimmt und die übrigen 2000 „von Verhandlungen abhängig" gemacht (Fortbildungsprogramme, Arbeitszeitverkürzungen, Sand in die Augen streuen).

Wenn man den Betrieb sieht, begreift man, daß es fast unmöglich ist, ihn von außen zu stürmen.

Die Gruppe PSA ist einer der kompromißlosesten und härtesten Kapitalisten. Bei jedem Streik haben bisher Regierung und Polizei eingegriffen, gegen die Kollegen. Wenn sie die Bewegung brechen wollen, dann geht das nur von innen her.

Die Kollegen sind relativ isoliert, es dringen jetzt keine Nachrichten nach draußen, und drinnen werden offensichtlich Märchen verbreitet.

Es gibt keine Erklärung der Besetzer, ihre Ziele sind in der Öffentlichkeit unklar, wenn nicht unbekannt. Aus den Zeitungen und den Nachrichten im Radio erfährt man nicht, ob sie die 35-Stunden-Woche oder die Rücknahme der Entlassungen oder sonstwas wollen.

In Levallois arbeiten 2400 Kollegen. 940 davon sollen rausfliegen, das heißt, rund 40 Prozent. rund 600 Entlassungen sollen verschleiert werden durch Vorruhestandsregelungen und Rückführungsprämien für vorwiegend arabische Kollegen. (Die Hälfte der Belegschaften in der französischen Automobilindustrie sind Ausländer: Algerier, Marokkaner, Tunesier usw.)

Der Funktionär verschwindet wieder, er müsse zurück zur Sitzung. Ungefähr zehn Kollegen bleiben dennoch da, und wir diskutieren weiter. Es sind alles ausländische Kollegen. Sie versuchen, ihre Situation zu erklären. „Die Besetzung geht weiter, wir haben noch nichts gewonnen. Versprechungen von PSA haben keinen Wert.". „PSA gibt nicht so einfach nach."

Wir fragen sie, was sie von den Rückführungsprämien halten, denn 100000 Francs (30000 Mark) sind viel Geld.

Sicher gibt es einige, die 20 Jahre hier waren, und nun wieder in ihre Ursprungsländer wollen. Dafür kann es die verschiedensten Gründe geben. Es ist immer noch besser, mit Prämie als ohne entlassen zu werden. Aber das sind höchstens 10 Prozent der Kollegen, die so denken, das akzeptieren. Die meisten wohnen, arbeiten, leben hier und wollen hier bleiben. Genauso wie es zum Beispiel 40000 Franzosen gibt, die in Marokko leben. Und da bleiben wollen.

Zur Information: Zu Beginn des Jahres gab es einen Streik bei Talbot in Poissy (der ziemlich bekannt wurde). Talbot gehört ebenfalls zur Gruppe PSA. Am 31. Dezember 83 wurde der Betrieb von der Polizei geräumt. Aber erst zwei Wochen später wird die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem es gelungen ist, die französischen Kollegen gegen die ausländischen Kollegen aufzuhetzen.

Die zehn Kollegen vor dem Tor werden hineingerufen — „es gibt keine Information". Ein ausländischer Streikposten, etwas betrunken, bleibt da. „Die leitenden Angestellten und die Meister sind alle Franzosen. Die Gewerkschaftsfunktionäre sind auch alle Franzosen — wie können die uns helfen?" Kein Kommentar.

Es ist zu erwarten, daß die Polizei dieses Wochenende kommt, wahrscheinlich wieder in der Nacht, damit es keine Zeugen gibt ...

Schöne Grüße aus Paris

P.S.: Am 19. Mai um 18 Uhr wird die Besetzung in Levallois freiwillig aufgegeben.

Korrespondenz aus Ludwigshafen

„Wir brauchen keine Atombomben, sondern Gasmasken"

Große Unruhe hat in der letzten Maiwoche ein Defekt einer Anlage bei Giulini in der Umgebung von Ludwigshafen hervorgerufen, aufgrund dessen eine Giftwolke über Mundenheim zog. Am Tag danach gab es unterschiedliche Berichte darüber, ob die Anlage bereits wieder angefahren war. Ein RM-Leser schreibt uns dazu:

Ich befand mich auf dem Mundenheimer Wochenmarkt, als die Giftwolke um 11.25 Uhr den Stadtteil regelrecht vernebelte.

Plötzlich bekam ich Husten und Lungenreizung, die Sauerstoffzufuhr war unterbrochen, ich glaubte zu ersticken, wagte kaum zu atmen. Allen Leuten, die unterwegs waren, erging es ebenso. Jeder kramte sein Taschentuch hervor, um es als Filter für die Atmung zu benutzen. Laut „Mannheimer Morgen" bekam die Polizei um 10.13 Uhr den ersten Hinweis auf den Störfall. In unserer Straße (Hauptstraße Mundenheims) wurde die Bevölkerung erst um 12.30 Uhr gewarnt.

Heute (28. Mai) soll die Anlage wieder in Betrieb genommen werden! Der Tenor in der Bevölkerung ist eindeutig: „Wir haben Angst!" brauchen wir Atombomben? — Nein! Gasmasken!



U-Bahn-Einweihung in Dortmund
Korrespondenz

Ein Fest mit Protest

Am Samstag, dem 2. Juni, fand die feierliche Einweihung der U-Bahn und S-Bahn in Dortmund statt. Festschriften und Jubelaritkel in den örtlichen Zeitungen hatten die Sache vorbereitet, die politische Prominenz ließ es sich nicht nehmen, durch Anwesenheit zu glänzen.

Neben OB Samtlebe waren auch NRW-Ministerpräsident Rau und Blüm gekommen, um sich populär zu zeigen. Freifahrten und Show sollten die Sache zu einem Volksfest machen — was es dann mit rund 30000 Leuten auch wurde.

Ein Fest mit Protest allerdings — denn Behinderte sperrten den Zugang zum Bahnhof Stadthaus, so daß Samtlebe und die anderen lieber zum nahen Stadtgarten liefen, als die eine Station Einweihungsfahrt mitzumachen.

„Wir haben euch nicht vergessen", tönte es den protestierenden Behinderten da entgegen — obwohl genau das der Fall war. Von einer behindertengerechten Anlage kann in der Tat nicht die Rede sein. Vergessen allerdings wurde ihnen auch nicht unterstellt, sondern ganz bewußtes Verzichten auf eine solche Lösung aus Kostengründen, das war die Kritik der Betroffenen.

Schon mehrfach hatten Behindertengruppen gerade in Dortmund ihren Protest artikuliert, und dies immer wieder im Zusammenhang mit dem „Verkehr" im weitesten Sinne. Für sie war diese Art des Neubaus nur die Fortsetzung alter Dortmunder Stadtpolitik mit alten Mitteln.

Da half auch Samtlebes Hinweisen auf den Behinderten-Fahrdienst, den Dortmund als einzige bundesdeutsche Großstadt in dieser ausgebauten Weise hat, nichts — die Tatsache, daß beim U-Bahn-Bau die Behinderten und auch die alten Leute die zu kurz Gekommenen sind, blieb. Oder, wie es auf einem Transparent stand: 100000 werden ausgesperrt ...

Teil 5 und Schluß

Arbeitslose, ein revolutionärer Faktor?

Im fünften und letzten Teil der Artikelserie über die Arbeitslosenproblematik geht der Autor, Genosse Ernst Aust, nochmals auf die Frage des Ob und Wie der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeitslosen ein. Mit Abschluß der Artikelfolge bitten wir um Beiträge, Kritiken, Ergänzungen zu diesen Fragen, vor allem auch zu dem in dieser Folge dargestellten Vorschlag, Arbeitslose innerhalb des DGB in einer eigenen Organisation zu organisieren.

Arbeitslose in die „Wohle", die Arbeiterwohlfahrt, die nur die wenigsten (außer in den Industrierevieren) kennen. Das ist genau der Standpunkt der Gewerkschaften, des ADGB von vor 1933, als man sich in der Unterstützung der Forderungen der Arbeitslosen und ihrer Organisierung bewußt zurückhielt und in ihnen lediglich ein Objekt staatlicher und gewerkschaftlicher Wohltätigkeit sah. Das wird noch durch den Satz des Kollegen Steinkühler unterstrichen: „Ich hoffe, die Gewerkschaften kommen nicht auf die Idee, mit Arbeitslosen gegen die Arbeitgeber kämpfen zu wollen. Das kann man eben nur mit denen, die Arbeit haben." Und es nützt auch gar nichts, wenn er fortfährt: „Aber das heißt doch bei Gott nicht, und das darf doch nicht so interpretiert werden, daß die Gewerkschaften ihre Interessenvertretung vordergründig auf die richten, die Arbeit haben."

Aber genauso wird es interpretiert, ob es der Kollege Steinkühler nun will oder nicht. Aber zuerst einmal, was ist richtig an dieser Argumentation? Richtig ist zweifellos, daß es die vorrangige, die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist, mit ihren Mitgliedern, mit allen Kolleginnen und Kollegen in — und das schließt Demonstrationen und Betriebsbesetzungen nicht aus — den Betrieben gegen die Unternehmer zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen. Das brauchen nicht immer Lohn-, das können auch durchaus politische Forderungen sein. Das adäquate, das angemessene Mittel hierfür ist der Streik bis hin zum Generalstreik.

So ist auch klar, daß der beste, der wirkungsvollste Beitrag der Gewerkschaften beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche, für den Abbau der Überstunden ist. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche für den, wie es der Kollege Heinz Müller von der IGM formulierte, wir bereit sein müssen „härteste Opfer auf uns zu nehmen". Diese Forderung ist sicher nicht leicht durchsetzbar und erfordert die volle Einsatz- und Kampfbereitschaft und Überzeugungskraft aller gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen, obwohl doch die Durchsetzung dieser Forderung den Kollegen in den Betrieben direkt zugute kommt, indem sie weitere Entlassungen verhindert.

Wieviel schwerer wäre es dagegen, eine durchaus berechtigte Forderung der Arbeitslosen wie z.B. die „Zahlung des Arbeitslosengeldes für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit" mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen durchzusetzen. Nicht, weil es falsch wäre, daß die Gewerkschaften solche Forderungen unterstützen, sondern weil sie im Gegensatz zur 35-Stunden-Woche nicht tarifrechtlich, sondern nur per Gesetzgebung durchsetzbar wäre und weil beim derzeitigen Stand des Solidaritätsbewußtseins der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben solch eine Forderung mit dem Mittel etwa eines Solidaritätsstreiks noch nicht durchsetzbar ist.

Die Sache, um die es doch grundsätzlich geht, ist erstens: Sind die Gewerkschaften Kampforganisationen der gesamten Arbeiterklasse oder nur der gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben? Das heißt, fühlen sie sich für die Arbeitslosen mit verantwortlich oder nicht? Und zweitens: Fühlen sie sich verantwortlich, wie können sie dann die Forderungen und Belange der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen am besten unterstützen?

Offensichtlich ist die Sache doch so, wie sich in der Diskussion auf dem IGM-Gewerkschaftstag zeigte, daß sich die Mehrzahl der Delegierten schon für die arbeitslos gewordenen Kolleginnen und Kollegen mit verantwortlich fühlt und daß die Frage, das Dilemma nur ist, wie können wir sie konkret unterstützen? — Wenn wir Unterstützung durch die Gewerkschaften sagen, dann meinen wir vor allem, daß die arbeitslos gewordenen Kolleginnen und Kollegen ihre vollen Mitgliederrechte behalten; daß sie weiterhin an Mitglieder- und Vertreterversammlungen teilnehmen, wählen und gewählt werden können; daß sie Rechtsschutz bei ihren Problemen mit den Arbeitsämtern (Herabstufung etc.) haben; daß man sie — insbesondere bei Betriebsschließungen und Massenentlassungen — in der Organisierung eigener Initiativen unterstützt und auf die Aufrechterhaltung einer engen Verbindung mit den im Betrieb verbliebenen Kolleginnen und Kollegen hinwirkt; daß man sie an Kursen und Seminaren der Gewerkschaften teilnehmen läßt; daß man ihnen Räume für ihre Treffen zur Verfügung stellt und ähnliches mehr.

Der derzeitige „Diskussionsstand in den Gewerkschaften ist", wie der Kollege Steinkühler sagt, „Arbeitsloseninitiativen selbst zu gründen". Gut, doch kann das ausreichend sein? Ist damit das Problem, die Arbeitsloseninitiativen, vor allem die der Gewerkschaft nahestehenden, zu einer einheitlichen, schlagkräftigen Arbeitslosenbewegung zu organisieren, gelöst? Löst man es durch die Aufnahme bisher nicht organisierter Kolleginnen und Kollegen in die Gewerkschaft? In welche? Weiß man als Arbeitsloser schon vorher, in welcher Branche man landen wird, sollte man wieder Arbeit erhalten? Ist eine Mehrheit für die zur Aufnahme von Arbeitslosen notwendigen Satzungsänderungen in den Einzelgewerkschaften zu erreichen? Was tut man als Arbeitsloser in einer der Einzelgewerkschaften, die sich doch vorrangig mit Arbeits- und nicht mit Arbeitslosenproblemen beschäftigt? Usw. usf.

Das Politbüro unserer Partei hat sich auf seiner Sitzung am 29.4. erneut mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, **die Frage der Gründung einer Arbeitslosengewerkschaft im Rahmen des DGB zur Diskussion in der Partei, unter den Arbeitslosen, in den Gewerkschaften zu stellen. Einer Arbeitslosengewerkschaft im DGB, die in Ortskartellen organisiert ist und in die auch arbeitslose Kolleginnen und Kollegen eintreten können, die bisher nicht gewerkschaftlich organisiert waren.** Eine solche Gewerkschaft schlösse nicht aus, daß bisher in Einzelgewerkschaften organisierte arbeitslose Kolleginnen und Kollegen ihre dortige Mitgliedschaft behielten, nur daß sie für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ihre praktische Tätigkeit auf die Arbeitslosengewerkschaft verlagerten.

Wenn überhaupt, ist derzeit die Organisierung einer einheitlichen kampfstarken Arbeitslosenbewegung nur an der Seite oder besser im Rahmen des DGB, der größten Organisation der westdeutschen Arbeiterklasse möglich. Nur so könnte die Spaltung in Beschäftigte und Arbeitslose verhindert, die Solidarität zwischen beiden gefördert werden. Sicher tauchen in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe rechtlicher, organisatorischer und politischer Fragen auf. Z. B. wie sieht es mit den finanziellen Mitteln solch einer Gewerkschaft aus? Wie soll sie, da ihr das Mittel des Streiks fehlt, kämpfen, ihren Forderungen Nachdruck verleihen? Besteht nicht die Gefahr, daß die Aktivität einer solchen Gewerkschaft von rechten Gewerkschaftsführern gebremst wird u.a.m.? Aber eben das, das Für und Wider, wollen wir ja diskutieren.

Wenn der Kollege Steinkühler sagt: „Ich hoffe, die Gewerkschaften kommen nicht auf die Idee, mit Arbeitslosen gegen die Arbeitgeber kämpfen zu wollen", so kann man nur sagen, daß er seine geschichtliche Lektion schlecht gelernt hat. Das Gegenteil müßte der Fall sein: **Hoffentlich lernen die Gewerkschaften, die Arbeitslosen in den Kampf gegen die Unternehmer, ihren Staat, ihre Regierung miteinzubeziehen!** Jeder auf seine Art. Die Arbeiter und Angestellten durch Streiks in den Betrieben, die Arbeitslosen durch außerparlamentarische Aktionen außerhalb der Betriebe. Oder wäre es dem Kollegen Steinkühler lieber, die Arbeitslosen ließen sich als Streikbrecher einsetzen? Warum sollte es falsch sein, daß sich Arbeitslose an den Demonstrationen, an den Aktionen der noch in Arbeit Stehenden beteiligen und umgekehrt diese an den Demonstrationen der Arbeitslosen, denn auch sie können morgen schon arbeitslos sein. Ist es nicht Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeitslosen darin zu unterstützen, daß man sie nicht zwingen kann, ihre Arbeitskraft unter Tarif verkaufen zu müssen?

Wir sollten doch aus den Ereignissen vor 1933 gelernt haben, wo es den Faschisten gelang, einen nicht unerheblichen Teil der Arbeitslosen für sich zu gewinnen und in ihren Sturmabteilungen, der SA zu organisieren. Man sollte nicht herkommen und überheblich erklären, das war halt der Teil der unterentwickelten, politisch nicht aufgeklärten Arbeiter. Sicherlich, doch wer hat sie denn aufgeklärt und in den Kampf des fortschrittlichen, gewerkschaftlich organisierten, sozialistisch ausgerichteten Proletariats mit einbezogen? Die Gewerkschaften, der ADGB sicherlich nicht. Für ihn, vor allem für seine rechten Führer, waren die Arbeitslosen höchstens ein Objekt der Mildtätigkeit oder gar Kriminelle, von denen man sich distanzieren mußte.

Auch heute noch ist das Heer der Arbeitslosen — wenn auch derzeit latent — ein Faktor von nicht zu unterschätzender revolutionärer Bedeutung. Wer wird denn zuerst sich empören, auf die Barrikaden steigen, derjenige, dem das Wasser bis zum Halse steht, der nicht weiß, wovon er morgen seine Familie ernähren soll, dessen Zukunft nichts anderes heißt als arbeitslos oder derjenige, der immer noch seine 2500 oder 3000 Mark netto im Monat hat und sich seine alljährliche Ferienreise an die Gestade des Mittelmeeres noch leisten kann? Ich spreche hier nicht von den kommunistischen, den sozialistischen, den revolutionären Kolleginnen und Kollegen. Die Gefahr liegt doch gerade darin, daß man die Arbeitslosen im Stich läßt, sie in die „Wohle" abschiebt, daß man sie allein läßt mit ihren Problemen und Sorgen, ihrer vermeintlichen Perspektivlosigkeit, **daß man sie nicht mit einbezieht in den gesamten Kampf der Klasse, deren Teil sie sind.**



Tut man dies nicht, dann allerdings besteht die Gefahr, daß Demagogen sich ihrer annehmen, daß es den Kapitalisten — wie schon vor 1933 — gelingt, sie in Frontstellung zu bringen gegen die organisierte Arbeiterschaft, daß sie auf die falsche Seite der Barrikaden steigen. Sind denn die, die da in der Westkurve des Hamburger Volkspark-Stadions ihr Sieg-Heil-Geschrei ertönen lassen, die in der Dortmunder Westfalenhalle bei dem Sieg der Eishockey-Mannschaft der BRD über die Mannschaft der DDR spontan die erste Strophe des Deutschlandliedes anstimmten und unter denen sich erwiesenermaßen viele jugendlich Arbeitslose befinden, alles Nazis, Faschisten? Noch sind sie es nicht. Noch prügeln sich HSV-Fans mit Werder-Bremen-Fans, um ihre angestauten Aggressionen abzureagieren. Wann werden sich ihre Aggressionen gegen die Linken, gegen die Gewerkschafter richten? Die Anfänge wurden bereits auf dem Landesparteitag der NPD Nordrhein-Westfalen durch prügelnde Skinheads, unter denen sich viele Arbeitslose befinden, gemacht.

Doch auch jene arbeitslose Jugendliche, die von ihrer Erziehung, vom Elternhaus her links sind. Oder auch ältere arbeitslose Kolleginnen und Kollegen. Werden sie bei andauernder Arbeitslosigkeit, bei wachsender Verelendung ruhig bleiben? Ein Teil wird resignieren, ein anderer aber wird radikaler werden, wird zu Verzweiflungsschritten neigen. Und eine kommende RAF, oder wie sie immer heißen mag, wird keine kleinbürgerlich-studentische sein, sondern sich aus arbeitslosen Jugendlichen rekrutieren. Noch ist es nicht so weit. Aber die Gefahr, sie besteht, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, sie in den gemeinsamen, gewerkschaftlich organisierten Kampf ihrer Klasse mit einzubeziehen. Dazu ist aber auch nötig, daß die Gewerkschaften insgesamt dem Sozialpartnerschaftkurs abschwören, ihn über Bord werfen, und endlich zu dem werden, was sie sein sollten, die konsequenten Vertreter der Interessen der Arbeiter und Angestellten, Klassenkampforganisationen der Arbeiterschaft.

Der Generalangriff des Kapitals auf die Rechte, auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse hat mit dem Antritt der Bonner Wende-Regierung begonnen und wird sich weiter verschärfen. Das Heer der registrierten Arbeitslosen ist inzwischen auf rund 2,5 Millionen angewachsen. Es wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. „Ist die Armee der Arbeitslosen eine permanente, revolutionäre Kraft, deren unmittelbare Tagesinteressen zusammenfallen mit den allgemeinen Interessen der gesamten Arbeiterklasse", wie es in der vom ZK verabschiedeten Resolution zur Massenarbeitslosigkeit heißt, so ergibt sich daraus, daß die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit mit im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaft-Abteilungen, der B- und G-Verantwortlichen der Landesbezirke liegt. Gut wäre es zweifellos, wenn es in den Landesbezirken, die am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind (Bremen 13,5 — Niedersachsen 12,0 — Schleswig-Holstein 11,3 — Hamburg 10,9 — Nordrhein-Westfalen 10,8 — Westberlin 10,3 Prozent) im Rahmen der B+G-Arbeit einen Genossen oder eine Genossin gäbe, der oder die für die Arbeit unter den Arbeitslosen verantwortlich ist.

Der Arbeitslosenanteil in der Partei beträgt derzeit, wie anfangs gesagt, rund 8 Prozent, von denen bisher aber nur ein kleiner Teil, rund 20 Prozent, in Arbeitsloseninitiativen tätig ist. Rechnet man allerdings die Hausfrauen bzw. -männer hinzu, die ja praktisch zwangsweise auch erwerbslos sind, so liegt die Zahl sicherlich höher als 8 Prozent. Nun wird es sicher aus den verschiedensten Gründen nicht möglich sein, daß alle arbeitslosen Genossinnen und Genossen aktiv in Arbeitsloseninitiativen arbeiten. Doch sollten die Leitungen längerfristig Arbeitslose vorrangig für die politische Arbeit unter den Arbeitslosen gewinnen und ihnen nicht nach dem Motto „Sie haben ja Zeit" alle möglichen Arbeit außerhalb des Bereiches der B+G-Abteilungen übertragen, was nicht unbedingt andere politische Tätigkeiten ausschließt, die die Genossen bisher ausgeübt haben.

Wie sollen wir nun an die vor uns stehende Aufgabe als arbeitslose Genossinnen und Genossen herangehen? Das erste muß wohl sein — und es wurde bereits damit begonnen —, die Erfahrungen der in den Arbeitsloseninitiativen arbeitenden Genossinnen und Genossen zusammenzufassen und zu verallgemeinern. Was müssen unsere Aufgaben, unser Ziel bei unserer Arbeit in den Intiativen sein?

1. Zu versuchen, die Kampffähigkeit der Arbeitslosen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

2. Die materiellen Interessen des einzelnen wie der Gesamtheit der Arbeitslosen zu verteidigen und um die Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen.

3. Ein festes Kampfbündnis zwischen den Arbeitslosen und den Betriebsarbeitern und -angestellten zu erreichen, um eine Spaltung zu verhindern.

4. Längerfristig darauf hinzuarbeiten, die Zersplitterung der Arbeitslosen in zahlreiche Einzelinitiativen zu überwinden, um zu einer einheitlichen, kampfstarken gewerkschaftlich orientierten Arbeitslosenbewegung bzw. -gewerkschaft zu kommen.

Dabei wird es von entscheidender Bedeutung sein, die Arbeitslosenbewegung davor zu bewahren, sich allein auf ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, auf ihre moralische Aufrüstung zu beschränken. **Wir müssen dafür sorgen, daß den Arbeitslosen der Zusammenhang ihres wirtschaftlichen Kampfes mit dem allgemeinen revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse gerade während der Zeit der Arbeitslosigkeit verständlich gemacht wird.** Denn wir arbeiten in den Gewerkschaften, den Friedens-, den Arbeitsloseninitiativen etc. nicht als Nur-Gewerkschafter, Nur-Friedensfreunde, Nur-Arbeitslose, sondern als Kommunisten mit dem Ziel, die Kolleginnen und Kollegen an die Positionen der Partei, des Sozialismus heranzuführen. Immer noch ist es die Hauptaufgabe der Partei, den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden.

Deshalb, packen wir es an. Dabei wird uns unser Arbeitsloseninfo „Wehrt Euch!" und unser noch zu erstellendes Arbeitslosenforderungsprogramm, das unter der Losung „Arbeit für alle!" konkrete Forderungen, praktische Vorschläge zur Verringerung der Arbeitslosigkeit enthalten und den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen, den arbeitslosen Jugendlichen den Weg zur endgültigen Überwindung der Arbeitslosigkeit, den Sozialismus weist, helfen. **Verhindern wir, daß es der Bourgeoisie und ihren Lakaien noch einmal gelingt, die Arbeiterklasse in Arbeitslose und noch Beschäftigte zu spalten. Helfen wir mit, daß das Heer der Arbeitslosen zu einem Faktor von wirklich revolutionärer Bedeutung wird, ohne dessen tatkräftige Unterstützung das Industrieproletariat in den großen Betrieben, die Hauptkraft der Revolution, nur schwerlich siegen kann.**

Ernst Aust

Brennpunkt Zentralamerika

Guatemala

In Guatemala-City halten seit dem 17. Februar rund 360 Arbeiter ihre Fabrik besetzt, den größten Coca-Cola-Abfüllbetrieb in Guatemala. Dieser Fall, der über internationale Solidaritätsaktionen langsam weltweit bekannt wird, ist nicht nur ein Lehrstück darüber, wie ein US-Multi sich in einem Land der dritten Welt verhält, sondern auch ein Stück Existenzkampf der Gewerkschaften in diesem Land Zentralamerikas. Solidaritätsaktionen, wie der von Gewerkschaftern getragene Auslieferungs- und Produktionsboykott in Norwegen und Schweden, die Streikdrohungen von Arbeitern des Multis in Hongkong, in Thailand und auf den Philippinen — nicht zuletzt die Zusage von US-Gewerkschaften auch in Atlanta, in der Zentrale der Coca-Cola-Compagnie, Druck zu machen — zeigen die Dimension dieses Falles.

Die blutigen Geschäfte der Coca-Cola-Companie

Es geht um die Existenz der Gewerkschaften in Guatemala

Sie hatten es sich ganz einfach vorstellt, die Coca-Cola-Bosse, die Probleme mit ihrem größten Betrieb in Guatemala hatten. Einfach die Firma für unrentabel erklären, bankrott machen, und mit neuen, ausgewählten, eben nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern neu anfangen. Denn die Gewerkschaft STEGAC, die die Coca-Cola-Arbeiter in Guatemala sich aufgebaut haben, war den Bossen schon lange ein Dorn im Auge. Mit dem Trick, die Firma in Guatemala-City an die beiden dortigen Geschäftsführer zu verkaufen, damit die über eine vorgetäuschte Pleite einen „Neuanfang" ohne die Gewerkschaft beginnen können, sind die Bosse aber auf die Schnauze gefallen. Am 17. Februar besetzen rund 360 der 400 Beschäftigten die Fabrik. Seitdem läuft dort nichts mehr — die Pläne des Multis sind erst mal durchkreuzt.

Guatemala ist ein Land, das einerseits in totaler Abhängigkeit vom US-Imperialismus steht und andererseits von — zwar des öfteren wechselnden — faschistischen Militärdiktatoren unterdrückt wird. Jeder Ansatz von gewerkschaftlicher Organisierung ist lebensgefährlich — das Beispiel Coca-Cola-Arbeiter und ihrer Gewerkschaft STEGAC steht somit nur stellvertretend für die Zustände im Land.

Die beileibe nicht vollständige Geschichte der gewerkschaftlichen Organisierung der Coca-Cola-Arbeiter beginnt mit der Gründung der STEGAC im August 1975. Die erste Reaktion der Coca-Cola-Bosse: Alle 152 Gewerkschaftsmitglieder wurden gekündigt. Daraufhin wurde die Fabrik zum ersten Mal besetzt. 17 Tage hielten die Arbeiter aus, bevor mit einem brutalen Polizeieinsatz die Besetzer vertrieben wurden. Die Solidarität und Streikdrohungen anderer Gewerkschaften erreichte dann aber doch im April 1976 die formale Legalität der STEGAC, aber seitdem war praktisch die Militärpolizei ständig auf dem Werksgelände, eine Terrorkampagne gegen Gewerkschaftsfunktionäre begann.

Blutiger Terror gegen Gewerkschafter prägte beispielsweise die Diktatur des Generals Romero Lucas Garcia (1978 - 82). Da wurde im Dezember 1978 der Finanzsekretär der STEGAC, Pedro Quevedo, in seinem Lieferwagen von Kugeln durchsiebt. Die Todesschwadron „Geheime Antikommunistische Armee" (ESA) „verurteilte" alle Funktionäre der STEGAC zum Tode. Der Generalsekretär konnte mit viel Glück ins Exil flüchten, sein Nachfolger wurde im April 1979 Opfer eines „Raubmordes", bei dem aber nichts geraubt wurde. Bei der Mai-Demonstration 1980 wurden in der Hauptstadt 1340 Gewerkschafter festgenommen, deren Leichen, durch Folter völlig entstellt, man Tage später weit entfernt entdeckte. Unter ihnen waren auch wieder zwei Aktivisten der STEGAC.

Ein verhaßter Personalchef der Coca-Cola-Fabrik in Guatemala-City, der des öfteren demonstrativ mit seiner Pistole herumfuchtelte, wenn ein Arbeiter mit Beschwerden kam, wurde eines Tages unweit des Fabrikgeländes von einem Guerillakommando erschossen. Seine Leibwächter, genannt Supermann und King-Kong erschlugen daraufhin einen Arbeiter. Sie kamen in Begleitung von Militärpolizisten ins Werk, erschlugen den Kollegen Edgar Rene Aldama Ruano und deponierten seine Leiche vor der nächsten Kirche. Als am nächsten Tag Führer des Gewerkschaftsbundes CNT, dem auch die STEGAC angehört, sich trafen, rückte ein Großaufgebot von Polizei an, riegelte den ganzen Block ab und nahm 27 Gewerkschaftsfunktionäre fest, von denen bis heute keiner mehr aufgetaucht ist.

Seitdem brodelt es in der Coca-Cola-Fabrik. Arbeitsniederlegungen gegen die Mordkampagne gegen Gewerkschaftsführer gibt es seit dem Verschwinden der 27 im Juni 1980. Zunächst versuchte der Geschäftsführer in Guatemala-City noch, die Coca-Cola-Arbeiter mit vorgehaltener Maschinenpistole zur Arbeit zu zwingen — danach kam die neue Taktik.



„Das Elend, der Hunger und die Arbeitslosigkeit, die die Kollegen von Coca-Cola erleiden, ist die Frucht der Machenschaften der Betriebsleitung. Nein zur Zerschlagung der Gewerkschaft. Es lebe die STGAC!" Unter diesen Parolen halten die Coca-Cola-Arbeiter in Guatemala-City einen Abfüllbetrieb besetzt.

Dies Plakat von Jürgen Holtfreter, von der „plakat"-Gruppe 1970 herausgegeben, stellt eindrucksvoll die Verbindung von US-Imperialismus und Coca-Cola-Companie dar.

Der Verkauf der Firma durch Coca-Cola-International in Atlanta, USA, an die guatemaltekischen Geschäftsführer und die geplante Pleite, sollte der neue Weg sein, eine nicht so unbequeme, sprich gewerkschaftlich nicht organisierte Belegschaft zu bekommen. Das ist durchkreuzt worden, mittlerweile konnten die Besetzer sogar nachweisen, daß der Betrieb extrem profitabel war, obwohl von 6,5 Millionen Dollar US-Geldern nur knapp 3 Millionen investiert worden waren. Die Reste sind wahrscheinlich da, wo die „Käufer" der Firma, die ehemaligen Geschäftsführer, jetzt auch sind, in den USA.

Der Kampf der Coca-Cola-Arbeiter in Guatemala-City wird mittlerweile auch durch die Internationale Lebensmittelarbeiterunion (IUF) unterstützt, die weltweit zu Boykottmaßnahmen gegen Coca-Cola aufgerufen hat. Auch in der Bundesrepublik setzen sich vor allem die Guatemala-Solidaritätskomitees für die Besetzer ein. Sie haben aufgerufen, Protestschreiben zu verfassen, sich an lokale Coca-Cola-Betriebe zu wenden und zu protestieren, den Fall vor allem auch in den Gewerkschaften hier zu diskutieren und die Solidarität zu organisieren.

Die Guatemala-Gruppe Münster (c/o KHG, Kardinal-v.-Galen-Ring 45, 44 Münster, Tel.: (0251) 89503) bereitet einen Coca-Cola-Boykott-Aufruf vor. Spenden für die kämpfenden Arbeiter können unter dem Stichwort Coca-Cola auf das Konto der Infostelle Guatemala, PSchA München (BLZ 70010080) Kto. 20859-802 überwiesen werden.

Solidaritätsadresse bitte an: STEGAC, Cro. Rodolfo Robles, Secretario General, 24 calle 6-01, Zona 11, Guatemala. Telex: 5781 EMBGUA.

Aufruf zu einer bundesweiten Menschenrechtskampagne zu Guatemala

Angesichts einer sich fortwährend verschlimmernden Menschenrechtssituation in Guatemala, die auch guatemaltekischen Presseberichten zufolge alles bisher dagewesene Ausmaß übertrifft, ruft die Informationsstelle Guatemala e. V., zentrale Koordination der Guatemala-Solidaritätsbewegung in der BRD und West-Berlin, zu einer

Bundesweiten Öffentlichkeitskampagne im Zeitraum Mai bis Juli 1984

auf, um anzuprangern, daß...

- ... seit einem vom US-Geheimdienst CIA geführten und finanzierten Militärputsch (1954) über 100000 Zivilpersonen durch staatlich institutionalisierte Willkür bzw. allein aufgrund ihrer politischen Überzeugung ermordet wurden oder verschwanden;
- ... militärische und paramilitärische Verbände immer häufiger dazu übergegangen sind, indianische Dörfer und mitunter ganze Gebiete des Landes zu bombardieren und Massaker an der Zivilbevölkerung zu verüben;
- ... auf diese Weise nahezu eine Million Menschen, in der Mehrzahl indianische Campesinos, aus ihren Herkunftsorten vertrieben wurden und sich z.T. seit mehr als drei Jahren auf der Flucht befinden, während Regierungstruppen und paramilitärische bzw. Sicherheitskräfte diese sowohl im Landesinnern als auch über die Grenzen hinaus auf mexikanischem Territorium verfolgen;
- ... viele tausend dieser Flüchtlinge zwangsumgesiedelt oder aber in Lagern und sogenannten strategischen Dörfern interniert werden;
- ... innerhalb der letzten 17 Jahre mindestens 35000 Personen gewaltsam entführt oder verhaftet wurden und für immer verschwanden, Folter und Mißhandlungen an politischen Gefangenen zur Normalität gehören und die Familienangehörigen der Opfer physischen oder psychischen Bedrohungen ausgesetzt sind;
- ... auch nicht ein Minimum international gültigen Rechts gewährleistet ist, so das Recht auf Schutz vor willkürlicher Verhaftung, auf rechtliches Gehör oder auf Verteidigung durch einen Rechtsbeistand des Vertauens. Dies trifft insbesondere zu auf die inzwischen zwar abgeschafften militärischen Sondertribunale, deren Willkürurteile jedoch fortbestehen.

Zweck dieser Kampagne ist es, durch eine breite Information der deutschen Öffentlichkeit Unterschriften zu sammeln und Protestschreiben an die guatemaltekische Militärregierung zu veranlassen, aber auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu ersuchen, daß sie Guatemala gegenüber mit Nachdruck die Wiederherstellung und Respektierung der Menschenrechte fordert und hiervon jegliche wirtschaftliche und entwicklungspolitische Unterstützung abhängig macht.

Mit dieser Kampagne entspricht die Guatemala-Solidaritätsbewegung in der BRD dem Aufruf der guatemaltekischen Menschenrechtskomission — CDHG — zu einer weltweiten Maßnahme dieser Art.

Für die folgenden Forderungen werden Unterschriften gesammelt. Unterschriftenlisten kann man anfordern und ausgefüllt zurücksenden an: Informationsstelle Guatemala e.V., Maistr. 29, 8000 München 2, Tel.: (089) 536625

Ich fordere von der Regierung Guatemalas:

1. die Garantie der Menschenrechte, an erster Stelle das Recht auf unversehrtes Leben!
2. unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen und Entführten!
3. vollständige Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen!
4. die Einhaltung international gültiger Rechtsnormen!
5. Aufhebung der unter Verletzung dieser Rechtsnormen zustande gekommenen Urteile, insbesondere der Sondergerichte!

Gleichzeitig ersuche ich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,

mit Nachdruck gegenüber der guatemaltekischen Regierung die Wiederherstellung- und Respektierung der Menschenrechte zu verlangen und dieser so lange keinerlei wirtschaftliche, entwicklungspolitische oder sonstige Unterstützung zu gewähren, wie dort weiterhin Menschenrechte verletzt werden.

Informationsstelle e.v.
Guatemala
Maistraße 29
8000 München 2
Tel: 089/536625

Guatemala: Wir fordern ein Ende des staatlichen Terrors!

Alltag in Guatemala: Dörfer werden von der Armee überfallen, bombardiert, verbrannt. Indianische Bauern zu Tausenden massakriert, vertrieben, verfolgt, später zwangsweise umgesiedelt, die überlebten. Menschen werden auf offener Straße umgebracht, entführt, bestialisch gefoltert. Ihre Leichen in Massengräbern verscharrt oder an Straßenecken abgeladen.

Verantwortlich für diesen Terror sind die einander abwechselnden Militärdiktaturen bzw. die von ihnen befehligten Streitkräfte, paramilitärischen Organisationen, die Todesschwadronen etc., seitdem 1954 ein vom US-Geheimdienst CIA gesteuerter und finanzierter Putsch die noch junge Demokratie des Landes beseitigte.

In nicht weniger als zehn Resolutionen haben die verschiedenen Gremien der UNO in den letzten fünf Jahren schwere Menschenrechtsverletzungen in Guatemala festgestellt und verurteilt. Über vierzig international angesehene regierungs- und parteipolitisch unabhängige Organisationen kamen aufgrund eigener Erkenntnise zu einem gleichen Ergebnis. Sie klagen darüber hinaus die guatemaltekischen Militärregierungen an, die systematische Verfolgung politisch Andersdenkender staatlich institutionalisiert zu haben.

Die Guatemaltekische Menschenrechtskommission — CDHG — und die Organisation der Familienangehörigen Verschwundener in Guatemala nennen die Zahl von 35000 gewaltsam Verschwundenen seit 1967. Das Verschwindenlassen ist besonders seit dem Machtantritt Generals Mejia Victores im August 1983 zu einer gewohnheitsmäßigen Praxis der militärischen und Sicherheitskräfte gegenüber der Opposition des Landes geworden. Allein im Januar und Februar des Jahres waren es über 200 Fälle. Unter dem Druck der internationalen Menschenrechtsorganisation mußte die Polizei im Februar 84 eingestehen, politische Gefangene in geheimen Militärgefängnissen zu haben, die nie einem Gericht vorgeführt wurden.

Unfaßbar und dennoch von Hunderten von Zeugenaussagen bestätigt sind die Massaker der Armee an ganzen Dörfern im indianischen Hochland Guatemalas. Zwischen 1982 und 83 sollen auf diese Weise an die 15000 Menschen umgekommen sein. Der Terror trieb annähernd eine Million Menschen in die Flucht, die sich zu einem großen Teil noch immer vor der Willkür des Militärs verborgen halten. Wo es der Armee gelingt, wird die Bevölkerung zwangsumgesiedelt oder auf andere Weise unter militärische und paramilitärische Kontrolle gebracht.

Massaker finden noch immer statt. Zuletzt am 15. Februar 1984 in Santiago Ixcan, Departement El Quiché, im Norden des Landes. 46 Überlebende, die nach Mexiko fliehen konnten, berichten vom Mord an über 100 ihrer Mitbewohner.

(München, 3.5.84)

Hetzkampagne gegen Nicaragua

Ein groß aufgemachter Artikel auf der ersten Seite der „Frankfurter Rundschau“ vom 25. 5. 84 mit dem reißerischen Titel „Statt Sozialismus Deportationen und Konzentrationslager“ läßt dem Filmemacher Werner Herzog und dem französischen Sensationsreporter Denis Reichle viel Platz ein ungeheuerliches Bild der von den Miskitoindianern bewohnten Gebiete Nicaraguas zu zeichnen. Die nackte Willkürherrschaft würde da ausgeübt, schreiben sie, berichten von 15 000 durch die Sandinisten umgebrachten Miskitos, von 30 000 in KZ-ähnlichen Zwangsarbeitslagern lebenden Indianern. Wörtlich: „Die leben in Lumpen, die Sandinistas haben ihnen ihre Boote und selbst die Macheten weggenommen. Sie bekommen noch ein Pfund Reis und ein Pfund Bohnen pro Woche — 80 Prozent ihrer Tiere sind ihnen weggenommen worden.“ In dieser Tonart ist der gesamte vierspaltige Artikel gehalten.

Zehn Tage später bleibt nicht viel von den Vorwürfen. Es hat sich herausgestellt, daß der französische Journalist und Werner Herzog, der die Story verfilmen will, alle ihre Angaben nur aus Händen der Contra, der ehemaligen Somoza-Leute haben, daß sie mit diesen Aufständischen illegal die Grenzgebiete bereist haben, es stellt sich heraus, daß sogar Organisationen und Experten, die Nicaragua sehr kritisch gegenüberstehen, die Informationen der beiden öffentlich anzweifeln.

„Amnesty international“ konnte die Zahlen „nicht bestätigen“. Die Organisation habe weder Informationen über 15 000 ermordete Miskito noch über die Existenz von „Konzentrationslagern“. Laut amnesty, einer in der Regel gut informierten Organisation, sind am 1. Dezember, im Rahmen einer Amnestie der Regierung in Managua „nahezu alle Miskito und Sumo-Indianer“, insgesamt 307 Gefangene, aus der Haft entlassen worden. Amnesty will von noch lediglich 18 inhaftierten Miskitos wissen.

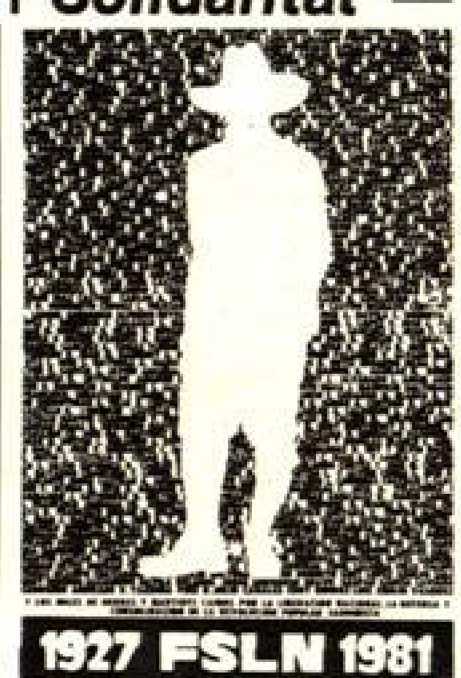
Auch die Nicaragua oft sehr kritisch gegenüberstehende „Gesellschaft für bedrohte Völker“ sieht „keinerlei Anhaltspunkte“ für die Horrormeldungen des Journalisten und des Filmemachers. Der Koordinator der Gesellschaft für Mittelamerika sagte, nicht einmal die antisandinistischen Indianerorganisationen verbreiteten solche Zahlen und weiter: „Ein Völkermord solchen Ausmaßes hätte den verschiedenen Organisationen nicht verborgen bleiben können.“ Er verwies auf Untersuchungen des Weltkirchenrates und des UN-Flüchtlingshochkommissariats, die beide Delegationen in die Indianergebiete gesandt hatten.

Wir zitieren diese Aussagen, weil die politische Reaktion sich offensichtlich auf dies Problem Nicaraguas einschießt, um die ganze Revolution zu diskreditieren. Die Befreiungsfront FSLN, die Regierung in Managua haben selbstkritisch zugegeben, daß es nach der Revolution zwischen Miskitos und Sandinisten zu schweren Auseinandersetzungen gekommen ist, daß Fehler gemacht wurden. Auch der RM berichtete erst kürzlich über diese Region Nicaraguas und verschwieg die heiklen Dinge nicht. Dennoch muß sich die gesamte Solidaritätsbewegung davor hüten, diesen Propagandafeldzug in einer Weise ernstzunehmen, daß er zu einer — von der Reaktion gewollten — Entsolidarisierung führt. ***Bislang gibt es in der gesamten Politik der Führung Nicaraguas keinerlei Anzeichen dafür, Völkermord, KZs und Krieg gegen Zivilbevölkerung als ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zu gebrauchen.*** *Das muß man gegen diesen Lügenfeldzug klarstellen. Fehler, auch Übergriffe hat es gegeben, aber auch schon Verurteilungen von Sandinisten durch die Gerichte des neuen Nicaragua.*

Im übrigen ist es schon eine ziemliche Dummheit der Reaktion, für eine solche Schauergeschichte unter dem Vorwand der Sorge um die Menschenrechte der Indios ausgerechnet den Filmemacher Werner Herzog vorzuschicken, der international in Verruf geriet, als er während Dreharbeiten in Lateinamerika die Einheimischen in einer Art und Weise behandelte, die ihn in den Ruf eines Kulturimperialisten, Rassisten und brutalen Ausbeuters brachten...

—Information + Solidarität —





Brennpunkt Zentralamerika
Analysen – Berichte – Reportagen
Bilder – Zahlen – Daten – Fakten
RM-Taschenbuch

Die beiden abgebildeten Plakate der FSLN sowie das Buch „Brennpunkt Zentralamerika“ aus dem RM-Verlag, Zeugnisse gar nicht unkritischer Solidarität mit dem revolutionären Prozeß in Nicaragua können bestellt werden bei: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30. Preise: Plakat Stück 3,— DM (incl. Porto) Buch: 192 Seiten mit vielen Bildern und Karikaturen 11,80 DM.

Massive Polizeieinsätze gegen streikende Bergarbeiter

Im vierten Monat streiken die britischen Bergarbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Um die von der Regierung Thatcher beschlossenen Zechenstillegungen zu verhindern, sind die Kumpels in einen unbefristeten Streik getreten. Die Regierung versucht vor allem auf Grund der von ihr gemachten Gewerkschaftsgesetze den Streik zu kriminalisieren und die kämpfenden Arbeiter auszuhungern.

Die Grafschaft Yorkshire ist das Zentrum des Kampfes, hier haben die Streikenden ihre stärkste Bastion. Als in der vergangenen Woche Bereitschaftspolizie und berittene Polizei in die Ortschaft Orgreave kam und vor eine Kokerei zog, kam es zu schweren Auseinandersetzungen. 80 Menschen wurden verletzt, 117 festgenommen. Der wütende Einsatz der Staatsgewalt hat bislang aber keinen Erfolg für die Regierung gezeigt, die die Gewerkschaft in die Knie zwingen will. So unterstützen — trotz gesetzlichem Verbot — immer wieder Kumpel aus Yorkshire den Kampf in den Kohlegruben der benachbarten Provinz Nottinghamshire. Um das zu unterbinden, mußte kürzlich die Polizei sämtliche Hauptstraßen der Provinz abriegeln und rund 500 Autos stoppen, mit denen 2000 Kumpel unterwegs waren.

Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, steht unter besonderem Beschuß der Reaktion. Neben einer üblen Verleumdungskampagne in der Presse —, die den Ruf des Gewerkschaftsführers bei den Kumpeln, die ihn „King Arthur“ nennen, aber nicht beeinträchtigen kann — ist er jetzt auch von der Polizei ins Visier genommen worden. Bei einer Blockade einer Kokerei in Sheffield wurde er festgenommen. Scargill, der offen dafür eintritt mit den Stillegungsbeschlüssen auch die reaktionäre Regierung Thatcher zu Fall zu bringen, mußte aber schnell wieder freigelassen werden. Am 10. Juni muß er vor Gericht erscheinen.



Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, bei seiner Festnahme nach der Blockade einer Kokerei in Sheffield.

Botha in Bonn

Für Bonn geht Profit vor Menschenrecht

Massendemonstration in London

Mit Fertigstellung dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ sind für den 5. Juni in Bonn und Westberlin Protestaktionen angesagt worden. Demonstriert werden soll gegen den Staatsbesuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha, den die Bonner Wenderegierung eingeladen hat. Große Worte vom „kritischen Dialog“ mit dem Führer des Rassistenregimes von Südafrika können nicht darüber hinweg täuschen, daß Botha für die Regierung und die Unternehmer ein wichtiger und interessanter Partner ist. Die Zustände in Südafrika sind für die großen BRD-Konzerne ein gutes Investitionsklima und enthalten vorteilhafte Bedingungen um riesige Gewinne zu scheffeln.

Der Bonner Besuch Bothas ist Teil einer Europareise. Die westlichen Imperialisten demonstrieren mit dem Empfang Bothas ihre Zustimmung zur Politik des südafrikanischen Regimes, das neben der rassistischen Politik im Innern über wirtschaftliche Unterjochung, militärische Destabilisierung und das Ausnutzen von Naturkatastrophen die nördlichen Nachbarstaaten an den Verhandlungstisch und die Vorreiterrolle Südafrikas anzuerkennen gezwungen hat. Die angeblich „kritische“ Haltung des Westens war und ist ein Betrugsmanöver.

So konnte vergangene Woche der südafrikanische Verteidigungsminister noch stolz verkünden, daß Südafrika nicht nur das gegen sein Land gerichtete internationale Waffenembargo überlebt, sondern seine eigene Rüstungsindustrie soweit entwickelt habe, daß es „Selbstversorger“ und in der Lage sei, U-Boote und Hubschrauber selbst herzustellen. Trotzdem dient Bothas Europareise auch dem Ziel westliche Militärhilfe zur Sicherung der Schiffahrtslinie um das Kap zu bekommen.

Bei seinem Besuch in London merkte Botha erstmals, daß die Bevölkerung anders denkt, als die Regierungen der Unternehmer. **Während der Gespräche mit der Thatcher-Regierung kam es zur größten Demonstration in der britischen Geschichte gegen die Apartheidspolitik. Rund 40 000 Menschen kamen in London zusammen.**

Auch in der Bundesrepublik sehen die Kapitalisten dem Besuch mit profitgeiriger Freunde entgegen. Während in Südafrika die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, schreibt das „Handelsblatt“: „*Südafrika ist für einige der Reisedestinationen (Ziele, RM) ein bedeutender Handelspartner, und das Land ist eine regionale Großmacht, ohne deren Mitwirken in der Region keine politische Ordnung geschaffen werden kann.*“ Daß Bonn sich hüten wird, seinen Einfluß geltend zu machen, um die unmenschlichen Zustände zu ändern, wenn die Kapitalisten die Zustände für profitabel halten, davon kann man ausgehen. Die CSU geht da sogar noch weiter. Im letzten „Bayernkurier“ wird eindringlich verlangt, die lediglich verbal kritische Haltung aufzugeben und sich rückhaltlos hinter das Regime von Pretoria zu stellen.

Während die Widerstandsorganisationen in Südafrika, wie etwa die Befreiungsfront ANC und die BCM (Black Consciousness Movement) darauf hinweisen, daß das Kappen der Verbindungen zwischen Südafrikas Regime und den imperialistischen Staaten eine bedeutende Hilfe für die Widerstands- und Gewerkschaftsbewegung wäre, sind in Bonn alle „staatstragenden“ Parteien — in verschiedener Weise für die Dialog, d. h. für Geschäfte (s. auch Kommentar auf Seite 2).

Lediglich die Grünen haben entschieden protestiert. In einer Erklärung heißt es: „*Die für Anfang Juni geplante Reise des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha in die Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten soll dem weißen Unrechtsregime den Rücken stärken. Botha soll Gelegenheit erhalten, sich der bundesdeutschen Öffentlichkeit als Friedensengel zu präsentieren. Damit wird versucht, die wachsende Kritik an dem unmenschlichen Apartheid-System zum Schweigen zu bringen und den Weg frei zu machen für eine noch engere Zusammenarbeit der Bundesregierung und der bundesdeutschen Wirtschaftsinteressen mit dem Rassisten-Staat.*“

„In den Ländern, in denen unvorstellbare Armut herrscht, da gibt es — Gott sei es gedankt — trotz allem auch viel Fröhlichkeit.“

Der Entwicklungshilfeminister der Wenderegierung, Jürgen Warnke.

Meldungen

Verfolgung der Manifest-Autoren

TÜRKEI. — In der vergangenen Woche berichtete der RM über ein Manifest türkischer Intellektueller, das sich äußerst kritisch mit den gesellschaftlichen Bedingungen des Landes auseinandersetzt. Obwohl das Manifest entgegen ersten Versuchen der Regierung doch veröffentlicht wurde und breiten Teilen der Bevölkerung bekannt wurde, geht die Regierung gegen die Autoren und Unterzeichner vor. Die über 1200 Unterzeichner werden z.Z. alle einzeln vor die Behörden geladen und verhört. Dieser Einschüchterungsversuch zeigt die Angst der Herrschenden vor ähnlichen Aktionen.

Carranza nicht nach Bonn

EL SALVADOR. — Der salvadorianische Oberst, der wegen seiner offenkundigen Verstrickung in die Bluttaten der Todesschwadrone „aus der Schußlinie“ im Land genommen werden sollte und einen Posten als Militärattaché an der Botschaft El Salvadors in Bonn erhalten sollte, wird nicht nach Bonn kommen. Der Oberst Carranza, der in vielen Blättern der Weltpresse nachweislich beschuldigt wird, den Terror der Todesschwadrone leitend mitorganisiert zu haben, wird nach Angaben aus Bonn nicht als Diplomat akzeptiert. Zu dieser Äußerung sah sich Bonn aufgrund der vielen Beweise für die Verbrechen des Obersten und der massiven Proteste der Solidaritätsbewegung gezwungen.

Militärpakt Israel/USA?

Beim Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Shamir in Washington Ende letzten Jahres ist es auch, wie es hieß zu „Routinekontakten“ zwischen israelischen und US-amerikanischen Militärs gekommen. Was dabei besprochen wurde, ist erst jetzt genauer bekanntgeworden: Die Delegationen berieten über einen Verteidigungspakt zwischen Washington und Tel Aviv. Wie die israelische Zeitung „Jerusalem Post“ jetzt meldete, ist das Bestehen eines Projektes über einen Verteidigungspakt von Beamten in Washington bestätigt worden. Das Projekt soll vorsehen, daß die USA im Falle eines Angriffs auf Israel militärisch intervenieren, das heißt direkt eingreifen würden.

Neue Todesurteile

Gegen Mitglieder und Sympathisanten der Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee sind wegen ihrer Tätigkeit in den Jahren 1975 bis 1980 zehn Todesurteile ausgesprochen worden. Zwei weitere Angeklagte erhielten lebenslänglich, und gegen 50 wurden Gefängnisstrafen verhängt.

Zwei tolle Streiklieder textete die Juso-Songgruppe Stuttgart-Mitte. Das erste, nach Lindenbergs „Sonderzug nach Pankow" gefällt uns besonders. Aber auch das zweite, über einen spießigen Streikbrecher nach einer alten Volksweise verdient es, breit bekanntgemacht zu werden.

Sonderzug nach Frankfurt

Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug nach Frankfurt
Ich muß mal eben dahin
Ich hab was Großes im Sinn
Ich muß da was klär'n mit euerm Oberindianer
Ja ja, die Kumpels vom Gäu, die wollen streiken noch heut
Ich hab nen Sack voll Streikbeschlüsse, die bring ich rüber
Die zeig ich dann ganz locker unserm Franzl Steinkühler
Und ich sag — ey Honey — ich streik für wenig Money
Im Daimler-Benz-Palast, wenn ihr mich laßt
All die ganzen Bonzenaffen tun zu dir springen
Dürfen ihren ganzen Schrott zum Vortragen bringen
Nur der kleine Karle, nur der kleine Karle
der darf das nicht und das verstehn wir nicht

Ich weiß genau, ich habe furchtbar viele Freunde
in den Betrieben umher und stündlich werden es mehr
Franzl, auch Franz, bist du denn wirklich so ein sturer Schrat
warum läßt du mich nicht streiken im Kapital- und Bonzenstaat
ist das der Sonderzug nach Frankfurt
ist das der Sonderzug nach Frankfurt
'tschuldigen sie, isch des dr Sondrzug nach Frangfurd?

Ich hab 'nen Sack voll Streikbeschlüsse, den bring ich rüber
Die zeig ich dann ganz locker unserm Franzl Steinkühler
und ich sag — ey Honey — ich streik für wenig Money
im Daimler-Benz-Palast, wenn ihr mich laßt.
All die ganzen Bonzenaffen tun zu dir springen
Dürfen ihren ganzen Schrott zum Vortragen bringen
Nur der kleine Karle, nur der kleine Karle
der darf das nicht und das verstehn wir nicht.

Franzl, ich glaub, Du willst doch auch mal gerne streiken
Ich weiß ganz tief in dir drin, träumst du doch auch von alten Zeiten
Du ziehst dir doch heimlich auch gerne mal den blauen Anton an
Und denkst „leck mich am Arsch, mich kostzen die Sozialpartner an".

Hallo Franzl, kannst mich hörn
Hallo, Hallöchen, Hallo



Streiklied: Der Spießer

Es wollt ein **Spießer** früh aufstehn
Trotz Streik wollt er zur Arbeit gehn

Und als er kam ans **Firmentor**
Die Kumpels standen **schon** davor

Er ließ die Kumpels **Kumpels** sein
Und denkt, bei sich — **ich muß** da rein

Das alles hat doch gar **keinen Zweck**
Die **streiket** glatt den **Aufschwung weg.**

Er sieht am Tor — da läuft heut — **nix**
Da wollt er übers **Mäuerle fix**

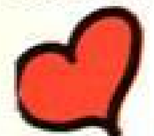
Er kam die Mauer **nicht hinauf**
Da stieg er auf sein **Auto drauf**

Er zieht sich hoch und **rutscht mit Krach**
aufs **nagelneue** Autodach

So soll es allen **Spießern** gehn
Die nicht zu ihren Kumpels stehn!



Mit einer gelungenen Satire warben die Genossen der KPD in Krefeld für eine Veranstaltung zur 35-Stunden-Woche am vergangenen Samstag. Dieser „freundlichen, aber bestimmten Einladung" folgten mehr als zehn Leute, für die wenigen in der niederrheinischen Stadt arbeitenden Genossen ein guter Erfolg. Nicht zuletzt die Diskussionen während des Treffs zeigten, daß die Veranstaltung mit einer Rede, Kabarett-Stückchen, Gedichten und Liedern ein Erfolg war. Wir drukken das Einladungsflugblatt hier ab.



„Ein Herz für Bosse"

Solidaritätsveranstaltung mit der notleidenden Unternehmerschaft

Ogottogottogottogott!!! **Erst keine Amnestie und jetzt noch die Streiks!** Deutschlands Unternehmern bleibt aber auch nichts erspart!

Die Welt steht auf dem Kopf: Die Metallarbeiter streiken, anstatt Metall zu bearbeiten. Anstatt zu drucken, machen die Drucker Druck. Und alles bloß wegen ihrer **Gier nach Arbeitsplätzen.** Die wollen sie durch die böse, böse 35-Stunden-Woche schaffen. So ein Quatsch! Denn:

UNSERE UNTERNEHMER BRAUCHEN NICHT WENIGER ARBEITSLOSE, SONDERN MEHR!

Warum? Damit die, die Arbeit haben, dafür dankbarer sind. Damit endlich noch mehr reingeklotzt wird.

UNSERE UNTERNEHMER BRAUCHEN MEHR GEWINNE!

1982 waren es bloß 300 und eine (!) Milliarde DM — das ist doch ein Klacks! Dafür kriegt man noch nicht mal richtig gute Politiker — höchstens 'nen Genscher.

DIE ARBEITER SIND UNDANKBAR!

Statt daß die Arbeiter dankbar sind, wenn die Unternehmer sie schon morgens nach Hause lassen — ohne daß sie arbeiten brauchen!!! — jammern sie über „Aussperrungsterror". Dabei kosten Streik und Aussperrung unsere Unternehmer ihr **sauer geklautes Geld.** Und wer hat denn die Betriebe nach dem Krieg wieder aufgebaut? Na? Wer denn? — Die Unternehmer! Eigenhändig! Ehrenwort!

SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN! Aber wie? Wie in Chile? Oder wie in Brasilien? Oder wie? Das will jedenfalls mal überlegt sein. Und zwar, bevor es zu spät ist und die mit ihrer 35-Stunden-Woche noch durchkommen!

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

LAICHINGEN

Internationales Volksfest des Arbeitervereins Laichingen in der Daniel-Schwenkmezger-Halle
Samstag den 9. Juni ab 15 Uhr (Spielnachmittag) bzw. 18 Uhr (Abendprogramm)
Im Kulturprogramm wirken mit die Rockgruppen „Bagage" und „Snowgoose", die Irish-Folk-Gruppe „Avalon", der türkische Volkssänger Ozan Yoldas und die türkische Folkloregruppe „E-5"
Information, Unterhaltung, Geselligkeit und Spezialitäten werden geboten.
Zum Thema „Gegen Ausländerfeindlichkeit" spricht Ellen Thielen vom Bundesvorstand der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.
Zum Thema „Für den Frieden" spricht Wolf Schöler.

HANNOVER

Diskussionsveranstaltung der KPD Hannover
„Arbeitslos aber nicht wehrlos"
(Mit Ernst Aust und Mitgliedern von Arbeitsloseninitiativen)
Freitag, 22. Juni, 19.30 Uhr
Gaststätte „Weiße Grotte", Fundstraße

HAMBURG

Schulungsabend der KPD
„Wo bleibt der Aufschwung?"
Donnerstag, 21.6., 19.30 Uhr
Thälmann-Buchladen, Margaretenstraße 58, 2000 HH 6

EINLADUNG — FRAUENKONFERENZ

Nach der ersten zentralen Frauenkonferenz finden noch regionale Konferenzen statt. Dazu sind alle Genossinnen, Frauen von Genossen und interessierte Frauen herzlich eingeladen. Hauptthema: „Probleme der Frauen in der KPD". Wir berichten aber auch über die Frauenkonferenz und diskutieren aktuelle Fragen.

NORD

NORD (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen)
Samstag, 23.6.1984, 11.00 Uhr,
Gaststätte Sorbas, Jarrestr. 27
Hamburg (vom Hauptbahnhof U-Bahn Linie 3 bis Saarlandstraße)

Verschoben auf 30.6., 14.00 Uhr

MITTE

MITTE (NRW, Rheinland, Hessen)
Samstag, 30.6.1984, 11.00 Uhr,
Büro Dortmund, Wellinghofer Str. 103
Dortmund

SÜD

SÜD (Ba-Wü, Saarland, Pfalz, Bayern)
Samstag, 30. 6. 1984, 11.00 Uhr,

Termin 30.6.
Stuttgart, 11.00 Uhr, Bücherstube Ost, Hausmannstr. 107, 7000 Stuttgart 1

BERLIN

BERLIN Termin noch offen

Natürlich könnt ihr auch zu einem anderen Termin kommen, wenn ihr den für euren Bereich festgelegten nicht wahrnehmen könnt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430079, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.